

Ercheint täglich außer Montags... Abonnement-Preis für Berlin...

Arbeiter

Infections-Geld beträgt für die fünfgehaltene Bettstelle...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. März 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Vom Schwarzen Land.

Wir gestehen es gerne zu, nicht allein der Arbeiter, auch der Rentier ist zuweilen ein geplagter Mensch.

Bis jetzt haben zwar die Bergwerksaktionäre sich nicht zu beklagen gehabt. Die Direktoren der großen Kohlengruben...

So hat sich nach all den Kämpfen in der Bergarbeiter-Welt vorläufig noch nichts geändert; eine umfassende einheitliche Organisation ist durch die politische Zersplitterung...

Die Regierung will die achtstündige Schicht — Ein- und Ausfahrt inbegriffen — auf ihren fiskalischen Werken nicht gewähren. Sie erklärt im „Reichs-Anzeiger“...

den Minimallohn, den die Arbeiter der fiskalischen Werke verlangt haben, kann der Fiskus nicht bewilligen, weil er „eine Prämie auf Trägheit und Unzuverlässigkeit“ wäre.

Wo die Regierung sich so sehr gegen eine Abkürzung der Arbeitszeit sperrt, trotzdem man die Wohlthaten einer solchen ganz gut einseht, da sind natürlich die Privat-Grubenverwaltungen noch viel weniger geneigt...

Es schien einen Augenblick, als sollte zwischen der nationalliberalen Partei und den Kohlenbaronen eine Trennung stattfinden, weil die letzteren auf ihrem Widerstand gegen alle und jede Einmischung der Gesetzgebung...

Wenn man bedenkt, wie alle diese Umstände auf die Bergleute wirken müssen, so kann Niemand mehr zweifelhaft sein — außer er möchte sich mit Gewalt einer besseren Erkenntnis verschließen...

Gewiß wäre dies auch der geringste Schaden, der überhaupt eintreten könnte. Eine allgemeine Arbeitseinstellung in den Kohlenbaurevieren kann aber Folgen nach sich ziehen...

Was die Verwaltungen der königlichen Bergwerke bereits zugestanden und was Sozialreformer von so zweideutiger Arbeiterfreundlichkeit wie der Abgeordnete Oechelhäuser verlangen, das ist in den Augen der westfälischen Kohlenlords eine „unerfüllbare Forderung“.

Nun, hoffen wir, daß die eigensüchtigen Pläne gewisser Kreise elend zu Schanden werden. Die Forderungen der Bergarbeiter aber, wie sie bei der Bochumer Stichwahl im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert Sa. weichel.

Er machte ein eigenthümliches Gesicht, als es bejaht wurde; es schien anzudeuten, daß er sich jetzt erklären könnte, wenn es Streit auf der Frohnwiese gegeben hätte.

Wesa warf ihrem Bruder einen Blick zu, der ihn an den Schmied Wolfgang Lechner erinnern sollte. Dessen Miene blieb jedoch undurchdringlich.

„Ich habe bloß noch gehört, daß der Kreishauptmann die heiligen Gefäße aus der Kapelle hat wegnehmen lassen, damit ja keine Platte mehr dort gelesen werden kann.“

„Das ist ja aber ganz schrecklich,“ stöhnte Wesa. „Zu verwundern ist's nicht,“ sagte Hartwanger. „Denn der Papst gilt ja jetzt nichts mehr.“

seht die Hände zusammen, „der sitzt jetzt auf dem heiligen Stuhl zu Rom?“

„Das jaht nicht,“ berichtete der Gast, „ich hab' nur gemeint, daß der jetzt auch in allen Glaubenssachen befehlt.“

Wesa athmete erleichtert auf und ihr Bruder spottete: „Ja, Du bist klug.“

„Wir haben allewelle zwei Päpste,“ fuhr der Glasmeister fort, „aber der heilige Vater in Rom soll bei uns nichts mehr zu sagen haben.“

„Wenn so was meinem geistlichen Herren geschähe, bei seinen Jahren hätte er den Tod davon,“ rief Wesa beunruhigt.

„Ja, der Bayer ist gar heid und gewaltthätig,“ nickte Hartwanger. „Da hat Mancher, der bei sich daheim zu Nichts gut war, bei uns einen Posten erwischt und spielt sich jetzt auf, je größer, je besser.“

„Daß Dich!“ schmetterte der Klosterbauer zornig mit der Hand auf den Tisch.

„Es wird ihm wohl nicht vergessen werden,“ meinte der Glaser. „Ja, ja, sie wissen sich halt nicht zu lassen vor Hochmuth und Uebermuth, und gnade Gott dem, der sich nur ein uneben Wort über das fremde Regiment verlauten läßt!“

„Wo aber soll das hinaus?“ fragte der Klosterbauer mit finsternen Brauen.

„Der Topf geht so lange zum Brunnen, bis er bricht,“ versetzte Hartwanger mit gedämpfter Stimme. „Aber an alledem ist nur der Napolium schuld.“

„Da könnt' Einer ja des Teufels werden,“ murkte der Klosterbauer und schenkte sich ein Schnäpschen ein.

Ihr Bruder fuhr unterdessen fort: „Die Steuern werden immer größer und die Bankoettel und Kupfermünzen immer minder im Werth.“

wird die Zukunft zeigen. Nur so viel für heute: Es wäre der erste Fall, daß deutsche Arbeiter streiken — weil die Träger und Hauptstützen der politischen und wirtschaftlichen Reaktion einen solchen Streik brauchen, um ihre lichtschönen Pläne durchzuführen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. März.

Im Reichstag begann die heutige Sitzung mit der Abstimmung über den Antrag, welchen die Freunde der Erhöhung von Staatssummen, als goldene Brücke für den Rückzug von dem verunrätigen Kommissionsbeschlusse, die Geldforderung der Regierung für den Neubau von Kriegsschiffen abzulehnen, gebaut hatten. Sie hatten nämlich die nachmalige Verweisung der Angelegenheit an die Kommission vorgeschlagen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, eines Theils desentrums und einiger Freisinniger wurden darauf die Etatsmittel in die Budgetkommission zur nochmaligen Erörterung zurückgewiesen. Von den Freisinnigen stimmten für den Antrag auf Rückweisung an die Budgetkommission u. a. Baumbach, Riedert, Parth, Vamberger, Dohrn, Mülders, Goldschmidt und Schenk, der Nachfolger von Schulze-Delitzsch. Im Hintergrunde sah man die bekannten Wadenstrümpfe sich zu einem parlamentarischen Dinner rüsten. . . . Die übrigen Titel des Etats wurden sang- aber leider nicht klingend, denn es handelte sich um viele Millionen — angenommen.

Hierauf begann die erste Berathung über den Entwurf eines Gesetzes über das Telegraphen- und Fernsprechanlagen herzustellen und zu betreiben, ausschließlich dem Reich zuzustehen. Der aus 8 Paragraphen bestehende Gesetzentwurf enthält — in nicht weniger als 3 Paragraphen Strafbestimmungen. Dieses Telegraphengesetz wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

„Reichstag werde hart!“ ruft die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das bekannte Organ der Kohlenbarone, dem Reichstage zu, und meint damit, daß derselbe unter allen Umständen an der Schutzoll- und Brotvertheuerungspolitik festhalten solle. Das Organ der Kohlenbarone legt sich mit besonderer Wärme für die bedrohte Landwirtschaft ins Zeug und prophezeit für den Fall der Abschaffung der Kornzölle die Eroberung des Landes durch die Sozialdemokratie. Natürlich erwartet das Organ der Kohlenbarone von den brotvertheuernden Grundbesitzern als Gegendienst, daß diese ihrerseits für die industriellen Schutzzölle eintreten — nach dem Grundsatz, daß eine Hand die andere wäscht.

Die Herren Junker werden sich das nicht zwei Mal sagen lassen — im Grunde des Herzens verachten sie zwar die bürgerliche Fabrikantenkanaille, allein in Geldsachen hört nicht bloß die Gemüthlichkeit, sondern auch der Adelsstolz auf — und die herrschenden und vornehmen Klassen huldigen heute demselben traffen Materialismus und wilden Goldhunger, wie weiland die herrschenden und vornehmen Klassen des versauenden Römerreichs, von denen der Dichter sang: „Ihr Krachten ist Geld, Geld — die Tugend kommt nach dem Geld.“ Wenn nur Geld gemacht wird — alles Andere kommt erst in zweiter Linie.

Und der Staat ist für diese goldhungrige Sippe nur eine melkende Kuh, die vermittelst der „Linke der Gesetzgebung“ trocken gemolken wird.

In anderen Staaten ist das ähnlich; der Besitz der politischen Macht war von jeher hauptsächlich deshalb so hoch geschätzt, weil er die Möglichkeit wirtschaftlicher Ausnutzung gewährte. Die am Staatsdraber befindliche Klasse hat zu allen Zeiten und in allen Ländern den Staat zur Förderung ihrer Klasseninteressen und persönlichen Zwecke benutzt. Wir glauben aber nicht, daß in der Geschichte irgend eines der zeitgenössischen Staaten ein Seitenstück zu der jede Hülle verschmähende Rücksichtslosigkeit zu finden ist, mit der bei uns ganze Parteien den nackten Interessenkultus als ihr politisches Programm bezeichnet, und an der Verwirklichung dieses Programms gearbeitet haben. Wir nennen uns gern das Volk der Ideale und rümpfen die Nase über die realistische Profitwuth der

Engländer und Amerikaner. Wir kennen jedoch weder in England noch in den Vereinigten Staaten — so viele Skandale die Geschichte dieser Länder auch aufweisen mag — eine Partei oder eine Parteiverbindung, welche sich offen und unverhohlen die Bereicherung der durch sie vertretenen Interessengruppen zur Aufgabe gemacht hätte, wie dies in unserem „idealen“ Deutschland 13 Jahre lang durch die Herren Agrarier und Schutzöllner geschehen ist.

Auch heute sind diese Herren noch ebenso „begehrlich“ wie zu den Zeiten des Fürsten Bismarck, der ihnen seinen ganzen politischen Einfluß zur Verfügung stellte — und daß den Herren, seit den zwei famosen Bismarck-Neben des Herrn v. Caprivi der Kamm wieder bedeutend geschwollen ist, das haben wir die letzten Tage im Reichstage gemerkt.

Trotzdem glauben wir nicht, daß der Reichstag den Hoffnungen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung entsprechen wird. Obgleich sich bei den neulichen Abstimmungen über die Anträge auf Herabsetzung der Kornzölle und auf Beseitigung der Maßregeln zur Fleischvertheuerung eine erhebliche Mehrheit für die Politik der Bereicherung einer kleinen aber mächtigen Interessentengruppe auf Kosten des Volkes ausgesprochen hat, so ist diese Majorität doch etwas bröckelig, und wird, wenn die Regierung beim Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich ein Loch in das System der Lebensmittelveertheuerung zu bohren gezwungen ist, wohl schwerlich zusammenhalten. Auf einen ernsthaften Konflikt mit der Regierung werden die Herren Agrarier und Schutzöllner es um so weniger ankommen lassen, als sie selber am besten wissen, daß sie im Fall einer Auflösung bei den Neuwahlen von der Bildfläche verschwinden würden. Das: „Reichstag werde hart!“ des Organs der Kohlenbarone wird also schwerlich die beabsichtigte Wirkung haben. Wir unsererseits aber rufen dem deutschen Volk zu: Volk werde hart! Daß dich nicht länger durch deine Feinde behörden und mißbrauchen!

Wie die „N. A. Z.“ mittheilt, werden für die nach der letzten Denkschrift zum preussischen Etat neu zu beschaffenden Stellen der Gewerbeberäthe, Gewerbe-Inspektoren und Gewerbe-Inspektions-Assistenten im Handelsministerium nur solche Personen ins Auge gefaßt werden, welche Techniker sind und ein Staatsexamen abgelegt haben; vornehmlich werden dabei Assessoren und Referendare des Bergfaches, sowie Regierungs-Baumeister und Ingenieure in Betracht kommen. Die Zahl der eingegangenen Bewerbungen von Personen der genannten Stände ist übrigens schon so groß, daß Gesuche von Bewerbern aus anderen Ständen Berücksichtigung nicht finden können.

Unsere sofort nach Mittheilung des preussischen Etats ausgesprochene Befürchtung, daß die preussische Gewerbe-Inspektion einzig und allein Technikern überantwortet werden wird, hat leider durch die Thatfachen ihre Bestätigung erhalten.

Der „Rdn. Btg.“ wird aus Bremen gemeldet, Fürst Bismarck habe privatim seine Zustimmung zur Aufstellung seiner Reichstagskandidatur gegeben, wolle sich aber über eine etwaige Annahme eines Reichstagsmandats erst dann erklären, wenn sich das endgiltige Wahlergebnis übersehen lasse. Jedoch behalte sich der Fürst auch noch eine andere Entscheidung vor, was von der allgemeinen Aufnahme seiner Kandidatur abhängt. Das ist die höchste Vorsicht!

Die „Hamb. Nachrichten“ protestiren an leitender Stelle gegen die Behauptung der „Deutschen Arbeiterzeitung“, Fürst Bismarck habe das vom vorigen Reichstage dargebotene Sozialistengesetz verworfen, und wiederholen ihre frühere Erklärung, daß der Fürst das Gesetz ohne den Ausweisungspatagraphen empfohlen habe, unter der Voraussetzung freilich, daß das Plenum des Reichstags das unverkürzte Gesetz nicht annehmen würde. Der Kanzler wollte eben die Verantwortung dem Reichstage überlassen. Aber da die konservative Partei erklärt habe, für das Gesetz nur dann stimmen zu wollen, wenn die Regierung vorher die Erklärung abgäbe, daß sie damit einverstanden sei, so sei das Gesetz gescheitert. Die „Hamb. Nachrichten“ fügen hinzu, daß es danach jedenfalls wahrheitswidrig und widersinnig sei, Fürst Bismarck für die nach Erlöschen des

Sozialistengesetzes entstandene Verstimmung unter den Arbeitgebern verantwortlich zu machen.

Wozu diese Vertheidigung des Sozialistengesetz-Kanzlers jetzt vorgebracht wird, ist uns unerfindlich, falls es sich nicht um einen Angriff gegen Herrn v. Caprivi, den Unteroffizier-Präsidentenkanzler, handeln soll. Herr v. Bismarck mag ruhig sein, die Arbeitgeber großen ihm nicht, sie und die Agrarier sind die einzigen Deutschen, welche sich nach ihm zurückwünschen.

Trotz der großen Aufregung ist die österreichische Wahlbewegung in Ruhe verlaufen. Die hiesige „Volkzeitung“ meldet:

„In Hernalz stürmten die Sozialdemokraten mehrere Lokale, in welchen sich Vichtenstein'sche Anhänger befanden. Um weitere Exzesse zu vermeiden, mußte schließlich die Polizei einschreiten. Die Sozialdemokraten haben nämlich gestern beschlossen, die Liberalen in allen Wahlkreisen zu unterstützen.“

Dies entspricht nicht den Thatfachen, die Sozialdemokraten haben keine Lokale gestürmt, sondern nur in ihr Lokal eindringende besessene Antisemiten hinausgewiesen. Sie haben ferner in allen Bezirken mit Ausnahme des Hernalser Wahlkreises, wo Kronametter in Stichwahl stand, Wahlenthaltung proklamiert. Nur in dem Wahlkreise Kolomea kam es zu Unruhen und ernstlichen Thätlichkeiten gegen die Juden. So entschieden wir auch diese verdammten, so sind sie durch den Umstand erklärlich, daß der im österreichischen Abgeordnetenhaus fast so wie Vichtenbach im Deutschen Reichstage gemiedene Rabbiner Bloch dort gewählt wurde. Ueber die bedauerenswerthen Unruhen meldet eine Depesche:

„Kolomea und Umgebung sind fortgesetzt den Ausschreitungen des Böbels preisgegeben. In Globoda wurden die Wohnungen der Juden geplündert. Es kamen schwere Verwundungen vor, drei Juden wurden getödtet. Der Ministerpräsident ist telegraphisch um Entsendung von Truppen und um Verhängung des Standrechts ersucht worden.“

Die antisemitischen Siege in Oesterreich beweisen nichts für die Stärke, jedenfalls nichts für den inneren Halt dieser Partei. Infolge der Wiener Wahlen wollen zwei hervorragende Antisemitenführer, der Reichstagskandidat und Gemeinderath Beller und der Landtags-Abgeordnete Baumann ihre politischen Ehrenämter niederlegen.

In Ungarn will man jetzt ernstlich die Rechte der Komitate, der alten Selbstverwaltungskörper der Kreise, beschranken. Da die ungarische Selbstverwaltung durchaus verrottet ist, so wäre diese Verwaltungsreform ein Fortschritt, wenn der Beamtenkörper Ungarns zuverlässig und unbestechlich wäre. Da dies aber nicht der Fall ist, so wird mit dieser Reform wenig genützt werden.

Die revidirte Tessiner Verfassung dürfte, obgleich das Resultat der Abstimmung von 17 Gemeinden noch aussteht, mit einer Mehrheit von etwa 500 Stimmen vom Volke angenommen sein. — Nach amtlicher Mittheilung ist die Revision der Tessiner Verfassung mit 1111 gegen 10625 Stimmen angenommen. Von 5 Gemeinden steht das Ergebniß zwar noch aus; durch dasselbe kann jedoch die erfolgte Annahme der Revision eine Aenderung nicht erleiden.

Nach Meldungen aus Commeny hat der gestern dort abgehaltene französische Bergarbeiter-Kongress Resolutionen zu Gunsten des Achtstundens-Arbeitstags, der Errichtung einer Arbeiter-Pensionskasse durch den Staat und einer 80 prozentigen Lohnerhöhung beschlossen und dem Prinzip der Organisation von Generalstreiks zugestimmt.

Die französische Kammer und Regierung tritt schon in der Frage der Wetteilung den Rückzug an. Die Kammer wird erklären, daß sie einen modus vivendi in der Weise herzustellen gedenkt, indem sie im Interesse der Pferdegucht unter gewissen Bedingungen das Wetten zuläßt, aber die Theilnahme der ärmeren Klassen der Bevölkerung an den Wetten verhindert.

Eine doppelte Wahl zum gesetzgebenden Körper fand vor einigen Tagen im zweiten und dritten Wahlbezirk von Rouen (Departement der unteren Seine) statt. Die Kandidaten der Arbeiterpartei, die Bürger Cahineau und Cornillard, vereinigten 3010 resp. 1014 Stimmen auf sich. Das ist ein Erfolg, auf den wir um so stolzer sein dürfen,

jungen Bursche unter Militär und können nicht genug Soldaten kriegen —

„Um dem Napoleon die Kasernen aus dem Feuer zu holen“, schaltete der Glaser ein.

„So daß Einer nur noch um schweren Lohn Leute für die Feldarbeiten finden kann“, fuhr der Klosterbauer fort. „Grundschlecht sind die Zeiten.“

Er schob seine Pelzmütze verdrücklich hin und her, und Hartwanger nickte zustimmend.

„Wenn nur einmal rechtschaffen Frieden in der Welt wäre, so könnte noch alles gut werden“, meinte er. „Jetzt liegt der Preuß' auch am Boden, wie alle Anderen.“ fuhr er fort, „und sein Freund, der Russ', soll just von dem Napoleon Schläg' gekriegt haben, wie sie in Brunnel erzählen. Aber was hilft's, wenn sie auch Frieden schließen, morgen giebt's wieder neue Händel irgend wo anders.“

Wesa warf ihrem Bruder einen bedeutungsvollen Blick zu und sagte:

„Ihr habt wohl Recht, Meister, und da denk' ich: es ist nicht gut in solchen Zeiten, daß der Mensch allein ist. In Zweien trägt es sich leichter.“

„Ja, will die Jungfer denn noch heirathen?“ fragte Hartwanger mit einem nicht schmeichelhaften Erstaunen für Wesa.

„Wenn Ihr Einen wüßtet, der mit ansieht, warum denn nicht“, zierte sie sich halb im Scherz halb im Ernste. „Sie hat ja auch erst ein halbes Jahrhundert auf dem Rücken“, höhnte ihr Bruder.

Sie protestirte mit einem zornigen Gesicht, obgleich ihr Bruder den Nagel auf den Kopf getroffen hatte.

„Weiß der Teufel, Ihr Weibslente habt alle dasselbe Unglück“, fiel er ihr ins Wort; „Euren Laufschein hat immer die Katz' gefressen, so daß Ihr nie wisset, wie alt Ihr seid.“

„Wen wollt Ihr denn unter die Haube bringen?“ lenkte der Glaser ab.

„Der Sepp muß mich auch immer foppen; er ist ein solcher Spahvogel“, beruhigte sich Wesa. Der Glasermeister aber machte verwunderte Augen zu der Behauptung, daß der Klosterbauer ein Spahvogel wäre. Dieser Mann, der immer

in breitspüriger Würde dahertret, als wollte er den Leuten zurufen: aufgeschaut, hier kommt der reiche Klosterbauer! sollte Späße treiben!

„Ich hab' unseren Ambros gemeint“, fügte Wesa hinzu.

„Mit dem hat's schon noch Zeit“, meinte ihr Bruder ab.

„Ich war älter wie er, wann ich heirathete.“

„Jung gefreit, hat Niemand gerent, und reden kann man ja davon“, äußerte die Schwester.

„Reden kann man freilich alleweils davon“, gab der Klosterbauer zu.

„Ja, das kann man schon“, meinte auch der Glaser, und Wesa rief: „Aber eine rechte Feine muß es sein, Meister.“

„Weiberschnad“, brummte ihr Bruder. „Schönheit ohne Geld thut's nicht. Die Schönheit vergeht, das Geld bleibt. Ich hab's Gott sei Dank nicht nötig, auf Geld zu sehen; aber die Zeiten sind schwer, und Geld zu Geld, das giebt alle Wege eine feine Wurst.“

„Ihr kommt ja weit im Lande umher, Meister Hartwanger“, nahm Wesa das Wort. „Wann Ihr also eine Junge, Schöne und Reichs wisset, dann denkt an unseren Ambros.“

„Das ist ein seltener Vogel, den Ihr fangen wölet“, lachte der Glaser. „Mit dem Gelde zumal will in diesen unruhigen Zeitläuften Keiner herausrücken.“

„Gelt, Ihr könnt aber auch durch die Thäler weit und breit mit der Laterne suchen, ehe Ihr einen Buben findet, der unserem Ambros das Wasser reicht“, rief Wesa lebhaft und ihr Bruder bestätigte gelassen: „Der Bub ist freilich mein eigen Fleisch und Blut, was aber wahr ist, das muß wahr bleiben.“

Hartwanger hüffelste.

„Die Witsche, die den Ambros freien soll“, äußerte er, „wird noch was mehr nötig haben, als was die Jungfer vorher aufgezählt hat. Sie muß eine starke Hand haben, um den Ambros bei den Hörnern zu nehmen.“

„Die wird er sich schon ablaufen“, bemerkte der Klosterbauer, indem er sich mit einer Miene in die Brust warf, die andeuten sollte, daß auch er seinen

wilden Hafer gefäet hätte und dennoch gäbe es jetzt in St. Wigil keinen respektableren Mann als ihn.

„Freilich, Du warst auch ein Wilder“, schmeichelte die Schwester, und die Hochmuthwinkel seines Mundes verzogen sich wohlgefällig.

„Einen wilden Stier zu bändigen, ist nicht jeder Diener ihr Geschmac“, sagte Hartwanger trocken. „Soll's denn im Ernst gelten? Denn Ihr wisset ja, wenn der Ambros nicht will, so will er halt nicht.“

Der Klosterbauer zog die Brauen in die Höhe, er staunte, daß man seinem Willen gegenüber von dem eines Anderen sprach und vollends von dem seines Sohnes. Hierauf etwas zu erwidern hielt er der Mühe nicht werth. Wesa aber sagte: „Darüber lasset Euch kein graues Haar wachsen. Er wird schon wollen, wenn Ihr ihm eine rechte Feine ausfuchet! das ist die Hauptsache! Und ihre Verwandtschaft muß was vorstellen in der Welt. Er und sein Vater sind noch immer ein Herz und eine Seele gewesen.“

Darin hatte sie Recht; denn Ambros hatte bisher noch immer seinen Willen gehabt. Die Schwäche des Klosterbauers gegen ihn war die Eitelkeit, mit der er sich in dem Sohne spiegelte.

„Abgemacht also“, sagte Hartwanger und die beiden Männer reichten sich zur Bekräftigung über dem Tische die Hände.

Wesa war sehr zufrieden mit sich. Endlich würde wieder eine standesgemäße Mäuerin auf dem Klosterhofe revidiren, und das war ihr Werk. Sie ließ ihre Augen über das von Alter tief gebräunte Hausgeräth gleiten und dachte sich in dieser etwas düstern Umgebung, zu der das Holzgeräth gut stimmte, die junge, schöne Klosterbäuerin aus reichbegüterter Sippe.

Hartwanger hörte sie aus diesen Zukunfts träumen auf, indem er sich zum Aufbruch rüstete.

Wesa begleitete ihn nach St. Wigil, während der Klosterbauer auf die Wiese sich begab, wo sämmtliches Geinbe, auch Ambros und Visei, das frische Heu um Pfähle, durch welche Querstäbe gezogen waren, in Haufen stellte.

(Fortsetzung folgt.)

da wir unser Programm der politischen und ökonomischen Enteignung der Kapitalistenklasse zum ersten Mal in diesem Departement entrollt haben.

Zwei andere Wahlen zum Generalkath werden in Gette (Géault) und Marfelle bald stattfinden. Die Kandidaten der Partei, die Bürger Courbes und Bernard Cabenat sind des Sieges über ihre Mitbewerber von der Bourgeoisie sicher. (Dies hat sich inzwischen schon für ersteren bewährt.)

Die französische Zollkommission ist eben an der Arbeit, die Zölle auf Getreide, Vieh, Zucker u. s. w. auf alle die hunderttausend Dinge auszudehnen, welche den französischen Handel mit dem Auslande bilden. Unser Pariser Korrespondent schreibt uns hierüber: Werden diese Zölle von der Kammer genehmigt — und sie werden es — so bereitet sich für 1892 eine Krise vor, neben welcher die Krise 1860 der vom Zaune gebrochenen Einführung des Freihandels folgte, gar nicht ins Gewicht fällt.

Man hat ausgerechnet, daß alle diese Prämien, welche man dem Großgrundbesitz und einigen hohen Industriebaronen so freigebig bewilligt hat, für die Konsumenten, soweit sie Arbeiter und Kleinbürger sind, eine durchschnittliche Verteuerung des Lebensunterhaltes um 20 pCt. hervorrufen werden.

Andererseits beabsichtigen z. B. die Schweiz, Holland und Belgien, diese Grenzperre für ihre Waaren mit der Kündigung nicht allein der Handelsverträge im eigentlichen Sinne, sondern auch der Uebereinkommen über die Fabrikmarken, den Transit (Waarenübergang durch ihre Länder) u. s. w. zu beantworten. Man berechnet, daß der Schaden, welchen dieser Schlag unserer Ausfuhr von Manufakturwaaren bringen wird, ziemlich eine Million Arbeiter, meist Familienhäupter, treffen wird, von denen ein Viertel oder höchstens ein Drittel in den mit Rücksicht auf den Konsum im Innern umgebildeten oder vergrößerten Werkstätten ein Unterkommen finden wird.

Fast 700 000 Menschen ohne Arbeit, ohne Brot; so soll es sein!

Diese Aussicht auf ein Heer des Hungers von mehr als einer halben Million Menschen ist für die schmerzhaftesten unter unseren staatsverhaltenden Klassen ziemlich besorgniserregend. Sie sind sich der „Gefahren“, welche daraus in Bezug auf die soziale Entwicklung entspringen“ könnten, wohl bewußt.

Die Sachlage ist die, daß bei den seit einigen Jahren vorhandenen Fortschritten der sozialistischen Ideen und der Organisation der Arbeiter die Bourgeoisregierung der französischen Republik nicht leicht ein derartiges Kap der Stürme glücklich umsegeln wird. Die Sozialisten sind auf der Hut und rüsten sich, auch das ihrige zu diesem Schiffbruch beizutragen.

Wie sehr unser Korrespondent Recht hat, geht aus einem eben eingetroffenen Telegramm hervor, welches meldet:

Das „Journal des Débats“ kündigt die Schließung weiterer Spiritusbrennereien als unmittelbar bevorstehend an und bemerkt, diese ersten Resultate des Schutzsystems gestatteten einen Blick in die Zukunft. Der Ruin der französischen Spiritusindustrie sei nur das Vorzeichen zur Vernichtung mehrerer hundert anderer Industrien und des Glücks einer Million von Arbeitern. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit der Frage, ob die Herren Moline und Genossen wohl den traurigen Muth haben werden, bis zum Ende zu gehen. —

Der französische Thronprätendent und Bruder Napoleon III., Jerome Napoleon (Mon-Plan) soll im Sterben liegen. —

Aus der Spielhölle von Monaco wird gemeldet:

In Mentone hat sich ein durch die Bank ruinierter Offizier, in Aliza gleichfalls ein um Hab und Gut gekommene Dame ums Leben gebracht. Letztere, eine schöne, elegante Fremde — wie man glaubt Amerikanerin — warf sich unter den Zug und wurde glücklich verstimmt. Ein französischer Adolant endlich, der die ihm anvertrauten Gelder seiner Klienten im Spiel verloren hatte, versuchte im Hotel sein Leben durch Gift zu enden, wurde aber gerettet und ins Gefängnis gebracht.

Diesem Unfuge gegenüber verhalten sich die Regierungen ganz neutral. Galt sich aber ein oder der andere arme politische Flüchtling in der Schweiz oder in Bulgarien auf, so wird sofort eine große diplomatische Aktion eingeleitet. —

Die Erklärungen des italienischen Ministerpräsidenten Rudini über die auswärtige Politik Italiens haben unseren Chauvinisten sehr wenig gefallen. Daß Herr Rudini sagte, Italien werde am Dreieck festhalten, das finden sie natürlich ganz in der Ordnung, aber daß er hinzufügte, Italien werde auch mit Frankreich freundschaftliche Beziehungen pflegen, das paßt den patriotischen Herren Nabaupolitikern gar nicht in den Kram. Rudini will Licht und Schatten zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und Frankreich andererseits verteilen; und das geht nicht an. Das vertritt sich nicht mit dem Dreieck — ruft das „Leipziger Tageblatt“. Na warum denn nicht? Bedingt denn der Dreieck Feindschaft mit Frankreich? Bisher wurde das harinässig abgelehnt. Wie dem nun sei — Italien ist zum Glück nicht in der Lage, unseren Chauvinisten viel Vergnügen zu bereiten. Die Interessen und Sympathien der Masse des italienischen Volks neigen unzweifelhaft der französischen Republik zu; Herr Crispien, der in seinem Apollonhag gegen die Demokratie dies verkant und sich der Bismarckschen Reaktionspolitik in die Arme geworfen hatte, wurde das Opfer seiner falschen Berechnung. Und wollte Herr Rudini in die Bahnen des italienischen Bismarck einlenken, so würde er bald dessen Schicksal zu theilen haben. —

In Dänemark scheint der langjährige Verfassungskampf seinem Ende entgegen zu gehen. Während früher von der Opposition alle Forderungen der Regierung abgelehnt wurden, meldet eine Depesche aus Kopenhagen von gestern:

Zwischen der Regierung, der Oppositionspartei und der Rechten wurden gestern Abend Vereinbarungen getroffen über die Errichtung eines Freihafens in Kopenhagen, die Aufhebung der Schiffsabgaben, die theilweise Aufhebung bezw. Erleichterung der Steuer auf Zucker und Petroleum und über ein Gesetz betreffs Altersversorgung mit einem Staatszuschuß von jährlich 2 Millionen. —

In Serbien geht es recht lustig her. Der König Milan wechselt mit dem Exminister Garaschania Briefe, worin sie sich gegenseitig den Mord zweier politischer Gefangener vorwerfen. Wir kommen auf den Fall noch zurück. —

Ueber London kommen Meldungen aus Petersburg, wonach die russische Polizei den seit Jahren vergeblich gesuchten Nihilisten Degajew ergriffen haben soll. Man berichtet hierüber der „Vossischen Zeitung“:

Aus Petersburg ist durch den Draht die Nachricht hierher gelangt, daß der Nihilist Degajew, welcher verdächtig ist, den Oberst Subelkin, Chef der Geheimpolizei, im Jahre 1883 ermordet zu haben, vor 14 Tagen in Kostroma, wo er unter falschem Namen bei einem unteren Beamten der Kanzlei des Gouverneurs wohnte, verhaftet ist. Degajew galt als das wichtigste Mitglied der revolutionären Terroristenpartei. Die Regierung hatte eine Belohnung von 10 000 Rubeln auf seine Ergreifung angesetzt. Mehrere andere Personen in Kostroma, die in Verbindung mit dem erwähnten Mord gebracht werden, sind verhaftet, darunter ein Turnlehrer, der bei seiner Festnahme Selbstmord beging. Der Gouverneur von Kostroma, Staatsrath Kalaitchew, wurde nach Petersburg berufen. —

Nach Meldungen aus New-York beurtheilt der „Gerald“ die finanzielle Situation der Vereinigten Staaten von Nordamerika in ungünstiger Weise. Der Kongreß habe die Hoffnungen, die man auf seine Thätigkeit gesetzt habe, getäuscht; er habe Mittel zur Anwendung gebracht, die schlimmer seien, als die zu heilenden Uebel. Ueber 1000 Millionen Dollars seien verschleudert worden und während der kommenden drei Jahre werde jedes Mal mit einem ernstlichen Defizit anstatt der bisherigen beträchtlichen Ueberschüsse zu rechnen sein, trotz der Zunahme der Steuererträge.

Nach Meldungen sind die Revolutionäre in Chile auf der ganzen Linie siegreich. Eine Depesche aus Jiquique meldet, die Truppen der Kongresspartei hätten die Regierungstruppen bei Pozo al Monte, 25 Meilen von Jiquique geschlagen. Die ganze Provinz Tarapaca sei jetzt in der Verwaltung der Kongresspartei. Die Ruhe in Jiquique sei wieder hergestellt.

Die Londoner Agentur des Depeschensbüros „Gerald“ erhielt vom auswärtigen Amt die Mittheilung, daß das gelbe Fieber in Brasilien sich immer weiter ausbreitet, und daher vor Auswanderung dorthin dringend zu warnen sei. —

In der Konvention, welche am 2. d. Mtz. in Sydney zusammenkam, um die Föderation der australischen Kolonien herbei zu führen, sind sämtliche Kolonien des australischen Festlandes, sowie Tasmanien und Neu-Seeland vertreten. Wir lesen über dieses Ereigniß in einer Londoner Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“:

Sir Henry Parkes, der 78jährige Premierminister von Neu-Südwaales, hat am Samstag als Lösungswort die Devisen ausgegeben: „ein Volk, ein Schicksal“. Da die Kolonisten Australiens demselben Volksstamm angehören, so kann man nur bedauern, daß nicht viel früher, etwa zu Anfang dieses Jahrhunderts, England weiterschauende Staatsmänner besessen hat, welche ein einheitliches Verwaltungssystem für den ganzen australischen Kontinent einführten. Jetzt, wo das Land in 5 oder wenn man Neu-Seeland und Tasmanien dazu nimmt, in 7 selbständige Gemeinwesen getheilt ist, mit Sonderinteressen und eigenartiger Entwicklung, ist die Aufgabe, eine Zentralverwaltung herzustellen, weit schwerer; man möchte fast sagen un-ausführbar, wenn nicht der demokratische Geist, welcher die Konstitutionen der einzelnen Kolonien durchweht, den Einheitsbestreben Vorschub leistete. Zunächst handelt es sich nur um eine von den leitenden Staatsmännern unterstützte Bewegung und man muß abwarten, ob die einzelnen Parlamente und in letzter Instanz die Bevölkerung Australiens den Plan gutheißen werden. Um eine einheitliche Verwaltung zu schaffen, müssen die verschiedenen Kolonien auf einen Theil ihrer Autonomie zu Gunsten der Zentralregierung verzichten. Dieses Opfer zu bringen, dürfte Manchem um so schwerer fallen, als kein anderer Einfluß, keine dringende nationale Nothwendigkeit für eine solche Aenderung der Verfassung vorliegt. Welche Form die geplante Föderation annehmen wird, ob man Kanada als Vorbild nehmen soll, wie die Vertreter von Neu-Südwaales, Queensland und Victoria wünschen, oder die Vereinigten Staaten von Amerika, wie die Vertreter von Süd- und West-Australien verlangen, dürfte in den nächsten Tagen klar werden. Tasmanien neigt ebenfalls der letztgenannten Verfassung zu. Im Allgemeinen sind es die reicheren und mächtigeren Kolonien, welche eine kräftigere Zentralleitung vorziehen, während die jüngeren und schwächeren, auf die Bewahrung ihrer Selbständigkeit eifersüchtiger, einen Staatenbund einem Bundesstaat vorzuziehen. Doch ist dieses nur Nebenache.

Die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen, sobald es darauf ankommt, die Befugnisse der Zentralregierung festzustellen. Daß diese mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut wird, ist selbstverständlich. Sie wird jedoch vorerst nur durch Vermittelung des englischen Sekretärs des Aeußeren mit fremden Staaten verkehren können. Eine Vereinfachung der Prozedur ist, so lange die Kolonien zum britischen Reich gehören, nicht möglich.

Und diese Schwierigkeiten werden voraussichtlich den Plan der Loktrennung vom Mutterlande nur rascher zur Reife bringen.

Die Frage: Bundesstaat oder Staatenbund wird den Australiern nicht viel Kopfzerbrechen verursachen. An eine Zentralisation im deutschen oder französischen Sinne ist bei einer Bevölkerung englischer Abkunft von vornherein nicht zu denken. Und es kann sich überhaupt fürs Erste nur um eine ziemlich lose Verbindung handeln.

Das einzige wirkliche Hinderniß sind die ungeheuren Entfernungen. Die Kolonien, welche die Vereinigten Staaten von Amerika gründeten, grenzten sämtlich aneinander und nahmen einen vergleichsweise nur geringen Raum ein. Indeß auch die Schwierigkeiten der Entfernungen werden überwunden werden und das 19. Jahrhundert wird, aller Wahrscheinlichkeit nach, vor seinem Scheiden nach die Vereinigten Staaten von Australien sehen. —

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Hamburg, 7. März. In einer gestern Abend im Beisein des Abgeordneten Frohne in Altona abgehaltenen Volksversammlung wurde beschlossen, den 1. Mai nicht zu feiern, aber ein Viertel des an diesem Tage verdienten Arbeitslohnes der allgemeinen Masse zuzuwenden. Der darauf folgende Sonntag soll festlich begangen werden.

Stendal, 4. März. In einer gut besuchten Versammlung im „Vogelgefang“ wurde nach einem Referat des Genossen Emil Schade die Gründung des Arbeiter-Bildungsvereins vorgenommen.

In der hiesigen königl. Eisenbahn-Werkstatt ist ein Antrag angebracht, wonach jeder Arbeiter, welcher das Besammlungslokal der Sozialdemokraten, den „Vogelgefang“, besucht, sofort gefänglich wird. Daß hierin eine direkte Verurtheilung des Reiches vom Lokale Vogelgefang vorliegt, ist einleuchtend. — Nur gemacht ihr Herren, immer fest verbotten. Jedes Verbot ist ein Agitationsmittel für uns, für die Sozialdemokratie.

Essen, 4. März. Im Prozeß gegen die Genossen Karl Schulze und Paul Rosenthal wegen durch die Presse begangener Verleumdung bezw. Beihilfe dazu hat das Reichsgericht am 12. Februar entschieden, daß das Urtheil des Essener Landgerichts in Bezug auf die Klage des Bauunternehmers Götz-Weimar gegen Schulze gerechtfertigt sei, in Bezug aber auf den Freiherren v. Erffa im Pöngelkreise nachmalige Verhandlung vor dem Essener Gericht stattzufinden habe, damit festgestellt werde, ob Schulze nur die Verleger-Verantwortung oder auch die Verantwortlichkeit als Verfasser treffe. Insofern ist also die Revision unseres Genossen Schulze von Erfolg gewesen. Die Revision unseres Genossen Rosenthal, welcher als Drucker des betreffenden Flugblattes, durch das der Freiherren v. Erffa sich beleidigt fühlte, der Beihilfe beschuldigt war, ist von vollständigem Erfolg gewesen.

Hannover, 6. März. Die hiesigen Sozialdemokraten haben die Gründung einer Genossenschaftsbücherei hier selbst beschlossen und die Statuten für dieselbe bereits angenommen. Listen zum Einzeichnen in die Genossenschaft liegen an mehreren Stellen aus.

Darmstadt, den 4. März. Für die Wahlkreise Darmstadt-Großgeran, Erbach-Bensheim und Worms-Heppenheim findet am Sonntag, den 15. März in Darmstadt eine Wahlkreis-Konferenz statt. Als Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Die Bedeutung der Presse, mit besonderer Berücksichtigung des Standes der Hessischen Volksstimme. 2. Der Achtundzestag und die Kundgebung für seine Durchführung. 3. Die Wichtigkeit der Organisationen für Arbeiter und Arbeiterinnen. Lokal und Stunde des Beginns wird später bekannt gegeben.

Gutes Vorhaben. In Hessen sollen über alle sozialdemokratischen Versammlungen ausführliche stenographische Berichte von den Beamten gemacht werden. Das ist sehr erfreulich. Hoffentlich werden die Berichte genau abgefaßt und von den Beamten eifrig studirt werden. Diese würden sicher noch vieles lernen.

Mün, 6. März. Die „Germania“ bringt einen Bericht über einen „sozialpolitischen Vortragsabend“ der Ultramontanen Kölns, in welchem ein Kaplan Dr. Oberdorffer den „sozialistischen Zukunftsstaat“ waltärrte. Das Kölner Karnevalsstück muß auf den Doktor-Kaplan eine recht nachhaltige Einwirkung ausgeübt haben, denn er gesteht sich darin, seinen Vortrag mit einem echten Hohnwürstchen-Stücklein zu beenden. Dem Bericht nach erklärte er:

Das Komitee sei der Ansicht gewesen, daß über den „sozialistischen Zukunftsstaat“, über welchen der bekannte Dr. Lieber sprechen sollte, Niemand besser unterrichtet sein könne, als die sozialistischen Führer. Daher habe man sich telegraphisch an Herrn Lieber in Berlin gewandt, ob er über dieses Thema sprechen wolle. Dieser habe indeß geantwortet, „seine Frau“ wolle es nicht haben. (Große Heiterkeit.) Herr Liebernecht habe auf eine gleiche Anfrage geantwortet, er müsse in die Philharmonie gehen. (Stürmische Heiterkeit.) Infolge dessen habe der Redner seinen Vortrag auf beide Punkte der Tagesordnung, auf den sozialistischen und den katholischen Zukunftsstaat (!!) ausdehnen müssen.

Der Doktor-Kaplan trat dann den sogenannten „Beweis“ an, daß die Forderungen der Sozialdemokratie „unvernünftig“ seien und „wider göttliches und menschliches Recht“ verstößen. Ueber den „katholischen Zukunftsstaat“ äußerte er sich wie folgt:

Das politische Ideal der Katholiken ist ein Königthum, welches nur für das Wohl der menschlichen Gesellschaft lebt und wirkt und seine Stütze findet in dieser Gesellschaft, welches die Mitte hält zwischen absolutistischem Jozarismus und konstitutionellem Scheinkönigthum. In wirtschaftlicher Beziehung wäre nach Ansicht der katholischen Sozialpolitiker die Gesellschaft in Berufsgruppen zu gliedern. Die wirtschaftliche Freiheit bedeutet für sie nicht den Kampf Aller gegen Alle, sondern die Schaffung und Erhaltung möglichst vieler selbständiger Interessen; die Freiheit soll ihre Stütze und Grenze finden in der organisierten Berufsgruppen-Gesellschaft. Die sämtlichen Bürger lassen sich in vier Klassen theilen. Die erste Klasse würden diejenigen bilden, welche für das geistige Wohl der Gesellschaft wirken: die Priester, Ordensleute und Lehrpersonen; zur zweiten würden solche gehören, welche im Staatsdienste für das öffentliche Wohl arbeiten, sei es im Heer, in der Gerichtsbarkeit, in der Verwaltung oder im öffentlichen Verkehr. In die dritte Klasse fallen Alle, die eine private wirtschaftliche Thätigkeit entfalten: im Handel, im Handwerk oder in den freien Künften. Die vierte Klasse endlich würde die ackerbaureibende Bevölkerung bilden. Es würde nicht schwer fallen, die einzelnen Sände zu ordnen in Gesamt- und Zweiggenossenschaften je nach der Art der Thätigkeit. Die Großindustrie ist das Säredenskind unserer Zeit; sie hat die schreienden Missethäter herbeigeführt, unter denen wir leben. Sie hat zahllose Existenzen vernichtet und leider auch viele Arbeiter ausgebeutet, indem sie die Arbeitszeit übermäßig ausdehnte und den Arbeitslohn unter Gebühr herabdrückte. Die Quintessenz der ganzen sozialen Frage bleibt die Lohnfrage. Der Arbeiter hat Anspruch auf einen Antheil am Unternehmerrgwinne, dessen Norm durch die Genossenschaft festzusetzen wäre und welche im Einzelnen von Zeit zu Zeit zwischen Arbeitgeber und Arbeiter festgestellt werden müßte. Auch die Arbeitszeit läßt sich nur regeln durch Eintheilung der Gesellschaft in Genossenschaften. Das religiöse Programm der Katholiken ist in allen Jahrhunderten dasselbe; es ist ebenso unabänderlich, wie sein Urheber. —

So viel Worte, so viel Dummheiten und Unwahrheiten. Der „katholische Zukunftsstaat“ würde gar nichts anderes sein können, als was die katholische Hierarchie stets war in Theorie und Praxis: eine Einrichtung zur Anreicherung und Stollfütterung der Volksmassen mit einem schmaragdenen Pfaffen- und Mönchthum an der Spitze. Die Anwendung des neuzeitigen, aus dem demokratischen Sozialismus geborenen Gedankens der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Arbeit auf das Prinzip des „katholischen Zukunftsstaates“ ist ein frommer Betrug.

Chemnitz, 4. März. Die Vorstände der sämtlichen hiesigen Gewerkschaften werden eine Statistik über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit im hiesigen Bezirk anstellen. Derselbe ist ohne Zweifel erheblich, aber schwerlich werden die Gewerkschaften ziffermäßig genaue Belege über ihren Umfang beibringen können. Wer heute über den Arbeitsmarkt ein Urtheil gewinnen will, der muß vor Allem nicht nur die völlig Arbeitslosen zählen, sondern auch die weit größere Menge derer beträchtlichen, die nur theilweise beschäftigt sind. Namentlich in einem Theile der sächsischen Handindustrie müssen die Arbeiter jetzt tagelang, ja wochenlang auf Beschäftigung warten, ohne daß sie deshalb eigentlich „arbeitslos“ im gewöhnlichen Wortsinne wären. Auch die zahlreichen und oft sehr erheblichen Betriebseinsparungen und die fast ausgedehnten Wartezeiten in der Hausindustrie sind für die augenblickliche allgemeine Lebenshaltung der sächsischen Arbeiter von größter Bedeutung, als die Zahl der völlig Arbeitslosen. Sie verschwindet in den großindustriellen Bezirken gegen die Menge der nur theilweise Beschäftigten.

### Theater.

**Dienstag, den 10. März.**  
**Opernhaus.** Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.  
**Schauspielhaus.** Der neue Herr.  
**Leffing-Theater.** Thernidor.  
**Berliner Theater.** Arbeit.  
**Deutsches Theater.** Das alte Lied.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Der Vogelhändler.  
**Wallner-Theater.** Miß Helyett.  
**Residenz-Theater.** Der seltsame Loup.  
**Vorher: Die Schulreiterin.**  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Sallealliance-Theater.** Cavaut, Minard u. Co.  
**Ostend-Theater.** Heinrich Heine.  
**Vorher: Der Präsident.**  
**Thomas-Theater.** Der Registrator auf Reisen.  
**Adolph Ernst-Theater.** Adam und Eva.  
**Kaufmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Circus Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Ufer.  
**Circus unter Wasser.**  
**Die Marionetten.**  
 oder:  
 Täuschungen in ein. Damen-Panorama.  
 Sensationelle Wasserspantomime.

**Englischer Garten.**  
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27a.  
**Fräulein Liri Armani,** schwedische Chansonette.  
**Umberto Sozza,** Produktionen auf dem Piederstäl.  
**Frä. Lilli Nora,** deutsche Kostüm-Soubrette.  
 Die berühmte **Borza-Truppe,** Parterre-Akrobaten.  
**Dr. Paul Jülich,** Gesangshumorist.  
**Kathi und Papi Wolter,** Gesangs-Duetten.  
**Ballet-Gesellschaft Menni,** 6 Pers.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.  
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

**Stablissement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Hödmann.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Küchen von Pakenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Gratweil'ige Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert**  
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor S. Sanstleben unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmachers Signor Travicki aus Rom.  
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 703 F. Sotke.

**Passage-Panopticum.**  
 Unter d. Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.**  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
 Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.  
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Welt-Restaurant.**  
 97. Dresdenerstraße 97.  
 Täglich Auftreten der **Norddeutschen Sänger** (7 Personen)  
 sowie der Konzert-Sängerin Fräulein **Elsa König** und Geschw. Waldmann.  
 Auftreten des **Herrn Runkel.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Dienstag, den 10. März, Abds. 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Knebel, Badstr. 58.  
**Grosse Versammlung**  
 Tages-Ordnung: 841/9  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Barm über „Fabrik-Inspektion“.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
 Die Zahlstellen des Vereins, wo des Sonntags von 10-12 Uhr Beiträge entgegen genommen werden (auch werden daselbst Mitglieder aufgenommen) befinden sich in folgenden Lokalen:  
 Hr. Kleinert, Müllerstr. 174, Ecke Jannstr. Hr. Dinnel, Beusselstr. 57.  
 Oscar Kleinau, Gartenstr. 171. Emil Schmidt, Tredehorn- und Diederichsenstr. 57.  
 Julius Otto, Panstr. 33. Hofenerstr. 57.  
 Louis Bied, Birkenstr. 34. Steinbach, Antonstr. 1, Zigarrengeschäft.

**Verein der Eisen- und Metallarbeiter Berlins u. Umgegend.**  
 Mittwoch, d. 11. März, Abds. 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (unterer Saal).  
**Grosse Versammlung**  
 Tages-Ordnung: 144/3  
 1. Der wirtschaftliche u. politische Bankrott des Kapitalismus. Ref. Pöus.  
 2. Kassenbericht für 1890.  
 3. Abrechnung vom Weihnachtövergnügen.  
 4. Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 Der Vorstand.

**Große öffentliche Versammlung**  
 aller beim denaturierten Spiritus interessierten Berufe, als da sind: Tischler, Möbelpolierer, Drechsler, Klavierarbeiter, Hutmacher, Bergolder, Rohrleger und speziell die Haushaltungs-Vorstände  
 am 11. März, Abds. 8 1/2 Uhr, in Joël's Salon, Andreasstr. 21.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Stadtverordneten Fritz Zabel über: Das Branntwein-Geschäft und seine Wirkung für die arbeitende Klasse. 2. Diskussion.  
 3. Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Befreiung des denaturierten Spiritus. 4. Kassenbericht.  
 Die 21er-Kommission des Deutschen Reichstags zur Beratung der Branntweinsteuer-Gesetz-Novelle ist hierzu eingeladen. Die Arbeitervertreter haben ihr Erscheinen zugesagt.  
 Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt.  
 109/7 Der Einberufer: Robert Berger, Gr. Frankfurterstr. 92.

**Klempner Berlins u. Umgegend.**  
 Dienstag, den 10. März, Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstr. 48a.  
**Große öffentliche Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Aussperrung der Hamburger Tabakarbeiter. Referent Koll. Weber.  
 2. Bericht der Lohnkommission. Berichterstatter Koll. Köhler.  
 3. Revisionsbericht der Lohnkommission.  
 4. Verschiedenes.  
 Kollegen, da die Tagesordnung eine hochwichtige ist, so bitten wir, recht zahlreich am Platze zu sein.  
 187/5 Der Einberufer.

**Große öffentliche Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins u. Umgegend.**  
 Mittwoch, den 11. März, Abds. 8 1/2 Uhr, im Saale des Melih, Bergstr. 23. Norden.  
 Tages-Ordnung: 157/9  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Heine.  
 2. Diskussion.  
 3. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung.  
 Es werden alle Hilfsarbeiter hiermit eingeladen.  
 Der Einberufer.

**Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer**  
 Mittwoch, den 11. März, Abends 8 Uhr, bei Holzmann, Andreasstr. 26.  
 Tages-Ordnung: 188/16  
 Vortrag des Herrn Regierungsbaumeister Nepler über „Familie und Sozialismus“. Diskussion. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung.  
 Die Einberuferin.

**Freireligiöse Gemeinde.**  
 Dienstag, den 10. März, Abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saal von Joël, Andreasstr. 21.  
**Vortrag von Frau Heinrich-Wilhelmi über Feuer-Bestattung.**  
 Nach dem Vortrage freier Meinungs-austausch. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Gauverein Berliner Bildhauer.**  
 Dienstag, 10. März, im Vereinslokal, Prinzenstr. 67, bei Herrn Gaillard.  
**Ausserord. Mitglied.-Versammg. d. Zentral-Krankenkasse**  
 Tages-Ordnung: 868  
 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Entgegennahme und Beschlußfassung von Vorschlägen zur Statutenänderung für die diesjährige General-Versammlung.  
 3. Verschiedenes.  
 Der wichtigen Tagesordnung wegen, ist es notwendig, daß die Mitglieder recht zahlreich erscheinen.  
 Der Verwaltungs-Vorstand.

**Bock-Bier** Berliner Unions-Brauerei Bock-Bier  
 empfiehlt ihr vorzügliches 323 L.  
**Münchener Bier** 25 gr. oder 30 U. Flaschen für 3 Mark.  
**Pilsener Bier** 25 gr. oder 30 U. Flaschen für 3 Mark.  
**helles Lagerbier** 30 gr. oder 36 U. Flaschen für 3 Mark.  
 direkt von der Brauerei: Hasenhaide Nr. 22/31, und in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften zu haben.

**Möbel auf Teilzahlung Hugo Lewent, Lothringersr. 75.**

**Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler.**  
 Sonnabend, den 14. März, im Konzerthaus Sanssouci:  
**Grosser Wiener Masken-Ball**  
 veranstaltet von Mitgliedern obiger Kasse.  
**Anfang 8 1/2 Uhr.** Biletts à 50 Pf.  
 Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**  
 Biletts sind zu haben auf den Zahlstellen sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen, ferner bei den Herren A. Gaska, Forsterstr. 48, v. 4 Tr.; Gustav Logan, Stalinerstr. 66, Hof 4 Tr.; H. Pielocke, Kottbusser Ufer 80, Hof 2 Tr.; Kölling, Kottbusser Damm 99, v. 3 Tr.; R. Krüger, Manteuffelstraße 67, Seitenstr. 3 Tr.; O. Rasche, Mariannenstr. 34, Hof 2 Tr. [112/3]

**Deutsch-Wilmersdorf. Volksgarten v. Pietsch.**  
 Sonnabend, den 14. März, findet vom **Beerdigungs-Verein der Zimmerer Deutsch-Wilmersdorfs und Umgegend**  
 das **dritte Stiftungs-fest**  
 statt, verbunden mit Ball inkl. Kottillon-Aufführung. Gäste sind willkommen.  
 Entree Herren 75 Pf., Damen 25 Pf.  
 835/12 **Das Komitee.**

**Charlottenburg.**  
**Freie Dissidenten-Gemeinde.**  
 Mittwoch, den 11. März, Abends 8 Uhr, in „Bismarckshöhe“ (großer Saal), Wilmersdorfer-Strasse 39. 142/5  
**Große öffentliche Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag der Frau Hedwig Heinrich-Wilhelmi über „Frauenrecht ist Menschenrecht“.  
 Zutritt ist Jedem ohne Unterschied des Glaubens gestattet.  
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Reich illustrierte Preisourante versenden wir gratis und franko. Reich illustrierte Preisourante versenden wir gratis und franko.  
 Zur **Einsegnung**  
 empfehlen wir **Schmuck aus echten böhmischen fein geschliffenen Granaten.**  
 Spezialitäten in hochfeiner Ausführung. Apparate Muster. 75 M.  
 Gediegene Fassung in allen anwendbaren Form-Arten. Reichste Auswahl. Solideste Bedienung.  
**Schönste und beliebteste Braut- und Gelegenheitsgeschenke.**  
**August Goldschmid & Sohn,**  
 k. k. österr. Hoflieferanten aus Prag.  
 Filiale in Berlin W., Friedrich-Strasse No. 175.

Soeben erschienen!  
**Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt,**  
 Berlin SW., Reuthstraße 3.  
 Soeben erschien und ist von uns zu beziehen:  
**Die Frau und der Sozialismus.**  
 Von **August Bebel.**  
 Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage von des Verfassers „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“  
**Preis broschiert 2 M., gebunden 2,50 M.**  
 Der beispiellose Erfolg, den der Verfasser mit den früheren Auflagen seines Werkes erzielte, obgleich dasselbe, durch das Sozialistengesetz verboten, den großen Volkskreisen nur schwer zugänglich war, ist dieser neuen Auflage, nachdem dies Hindernis gefallen, in erhöhtem Maße sicher. Alle Gesellschaftsklassen bringen dem Buche das lebendigste Interesse entgegen und so sei dasselbe zunächst den Parteigenossen zur weitesten Verbreitung empfohlen.

Wer Nähmaschine kaufen will, verlange — bevor man anderweitig kauft — eine illustrierte Preisliste **C. Mahnkopf, Berlin W., Dorfflinger-Strasse 23.**  
 Diese seit 24 Jahren bestehende Firma ist die vortheilhafteste Bezugsquelle in Nähmaschinen, wo dies fortwährend von Tausenden von Kunden anerkannt wird.

**Echte Rathenower Brillen**  
 und Pince-nez nur mit prima Krystall-Gläsern von 1,50 Mark an.  
**Rudolf Reinhardt,**  
 Linden-Strasse Nr. 94, neben der Markthalle.  
 Sonntags geschlossen.

**Albrecht's Bäckerei,**  
 Wrangelstr. 8 und Langestr. 26, liefert das größte Brot für 50 Pf. [117 L.]  
**Sinderwagen.** Das gr. Lager Berlins. Andraastr. 23, G. P.  
**Kautsch.-Stempel, Monogr. u. Sign.-Schablonen, Inschriften.** H. Guttmann, Brunnenstr. 9.  
**Milchlädel, Rannen, Satten, Gemächte, Tafelwaagen, Tischlampen.** Jordan, Stallschreiberstr. 9.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

64. Sitzung vom 9. März, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, Hollmann, von Marschall, von Malchahn.

Eingegangen ist ein Vertrag mit Dänemark betr. die Aufhebung des Abschusses und Abfahrtsgebühs.

Die Beratung des Extra-Ordinariums des Marine-Etats wird fortgesetzt, und zwar mit der Abstimmung über den Antrag v. Mantuffel, die Forderung von zwei ersten Raten für die Panzerfahrzeuge „S“ und „U“ sowie die für die artilleristische Armierung geforderten Summen an die Budgetkommission zurückzuverweisen. Die Abstimmung über den Antrag hatte am Sonnabend die Beschlußfähigkeit des Hauses ergeben.

Der Antrag wird heute mit beträchtlicher Mehrheit angenommen; die Forderung von 1 1/2 Millionen für das Panzerfahrzeug T, welches auf einer Privatwerft erbaut werden sollte, abgelehnt. Die erste Rate zum Bau des Kreuzers P, 500 000 M., und zum Bau des Kreuzers H, 1 Million Mark, werden ohne Debatte dem Kommissionsantrag gemäß gestrichen. Entsprechend dem früheren Beschluß des Hauses, die ersten Raten für die Kreuzer-Korvetten J und K zu streichen, wird auch die Forderung von 600 000 M. zur artilleristischen Armierung derselben abgelehnt, desgleichen die Forderung von 110 000 M. für die artilleristische Armierung des Kreuzers H. Zur Ausrüstung und Armierung von Kriegsschiffen zum Gebrauche von Torpedos wird als zweite Rate 1 221 000 M. gegen 1 435 000 M. des Etatsanschlages bewilligt. Gefährten werden ferner die Forderung von 60 000 M. zur Beschaffung eines eisernen Verschlußpontons für die Helling 1 auf der Werft zu Danzig und die erste Rate von 100 000 M. zur Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage auf der Werft zu Danzig, der Rest des Extra-Ordinariums wird ohne Debatte nach den Vorschlägen der Kommission bewilligt.

In der Beratung der noch nicht erledigten Theile des Reichshaushalts-Etats für 1891-92 werden diejenigen Positionen aus dem Etat des Reichsschatz-Amtes, die der Budgetkommission überwiesen waren, ohne Debatte genehmigt, ebenso der Spezialetat des Rechnungshofes des Deutschen Reiches.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird ebenfalls ohne Diskussion unverändert bewilligt, desgleichen verschiedene Ausnahmestellen, darunter der Uebererschuss aus dem Etatsjahr 1889 in Höhe von 2 619 743 M. und das Kapitel Matrikularbeiträge, letzteres vorbehaltlich der kalkulatorischen Feststellung der Ziffern. Im Etat der Reichsschuld befindet sich eine außerordentliche Ausgabe von 10 242 500 M. zur Einlösung des am 1. April 1891 fälligen Zinscheins der 4 v. H. und der am 1. April und 1. Oktober verfallenden 2 1/2 v. H. Reichsschuld.

Die Budgetkommission hat diese Position gestrichen, dem entsprechend auch die unter den Einnahmen aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer aufgeführte Einnahme in gleicher Höhe gestrichen und schlägt vor, die geforderten Summen in einem besonderen Gesetz zu bewilligen, durch welches als Nachtrag zum Etat für 1890/91 die Matrikularbeiträge um dieselbe Summe erhöht werden sollen. Der Referent Abg. Scipio führt aus, daß die Kommission die geforderte Erhöhung der dem Reiche von dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer verbleibenden 180 Millionen Mark nicht habe zugeföhren können, vielmehr vorschläge, die Summe auf die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten zu übernehmen; materiell aber stimme die Kommission dem Vorschlage der Regierung zu, die Gelder für den Aprilcoupon auf das vorhergehende Jahr zu übernehmen.

Staatssekretär von Malchahn erklärt, daß die Absicht, neue Anleihen öffentlich oder unter der Hand zu begeben, nicht besteht, so lange die letzten Einzahlungen auf die fälligen angelegten Anleihen nicht erfolgt sind.

Der Kommissionsantrag und demgemäß der vorgeschlagene besondere Gesetzentwurf werden ohne Debatte genehmigt.

Die zweite Beratung des Etats- und des Anleihegesetzes wird bis zur Erledigung der Kommissionsberatung über die der Kommission nochmals überwiesenen Titel des Marine-Etats ausgesetzt.

Im Uebrigen ist damit die zweite Beratung des Etats erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches.

Abg. v. Baal (3.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage in eine Kommission von 21 Mitgliedern. Eine gleichmäßige Verhandlung des Fernschreib- und Fernsprechwesens habe in der Vorlage Platz gegriffen, wie sie mit Recht auch angezeigt sei. Es solle das ausschließliche Recht des Reiches statuirt werden, einflußreichen, aber verarmten Lords zu verloben. Die andere Tochter Duncan's ist ein fleißiges, einfaches, überaus energisches Mädchen, das von dem Gehilfen des Waters, dem Former Pegg, geliebt wird. Der junge Foster enthüllt seinem Vater seine Liebe zu Mary Duncan und läßt sich nach einem halben, nicht ernst gemeinten Zugeständnis des Waters bestimmen, sofort nach Egypten abzureisen; ein Brief, den er Mary sendet, um sie nach Paris zu bestellen, wo sie heirathen sollen, fällt in die Hände Fosters. Mary, welche dem Vater die Schande ersparen will, flieht und wird allgemein todt geglaubt. Der seine Tochter heiß liebende Vater konzentriert seinen Haß auf Foster, dem er den Untergang schwört. Alle Versuche, ihm seine Entdeckung abzukaufn, lehnt er ab. Die Noth hindert ihn, wie er glaubt, den letzten Schritt auszuführen, um seine Erfindung abzuschließen. Trodem wehrt er sich standhaft gegen alle Angebote Fosters, dessen Fabrik er seit Mary's Verschwinden verlassen hat. Da in der höchsten Noth, eben als das letzte Stüchchen Kohle verläuft, ist die Erfindung gemacht. Foster ist unterdessen durch falsche Speculationen bankrott geworden, muß Fabrik und Haus verkaufen, welche in Duncan einen Käufer findet. Im Schlafe übernimmt Duncan von Foster das Haus, Foster bittet als Arbeiter bei Duncan eintreten zu dürfen, was ihm nach innerem Kampfe vom glücklichen Erfinder gewährt wird. In diesem Momente kehren der junge Foster mit Mary zurück, zurück als Eheleute, die in Egypten sich zusammen gefunden hatten und unter allgemeinen Umarmungen schließt das unwahre Schauspiel.

Ob Herr Direktor Barnay bei diesem Stück seine Rechnung finden wird, wissen wir nicht. In diesem Punkte erkennen wir aber die Autorität dieses Herrn uneingeschränkt an. Aber über die ästhetischen und sozialen Fehler müssen wir hier sprechen. Das Stück leidet an inneren und äußeren Unwahrscheinlichkeiten. Die Haltung des jungen Fosters vor seiner Abreise nach Egypten ist zu wenig begründet, das Verschweigen der Heirath durch 1 1/2 Jahre ist durch keine Silbe erklärt; dann spielen die Zufälle eine un-

Telegraphen- und Telephonanlagen herzustellen und zu betreiben. Ein Telegraphenregal sei zwar nicht von allem Anfang an vorhanden gewesen, habe sich aber historisch herausgebildet. Art. 48 der Reichsverfassung spreche nur von der Einrichtung des Telegraphenwesens als einer einheitlichen Staats-Berkehrsanstalt; die Auslegung dieser Bestimmung durch die Reichsorgane, daß damit ein Alleinrecht des Reiches gegeben sei, werde, wenn auch faktisch der Zustand dieser Auslegung entspreche, nicht durchweg anerkannt. Wenn jetzt die verbündeten Regierungen durch die Vorlage des Gesetzes die Zweifel an der rechtlichen Grundlage des in Anspruch genommenen Regals beseitigen wolle, so würden sich aus der Sonderstellung Württembergs und Bayerns wiederum neue Schwierigkeiten ergeben, welche in der Kommission erörtert werden müssen. Ein solches Recht der Verwaltung müsse einheitlich auch in dem Sinne ausgeübt werden, daß Niemand benachteiligt, Niemand bevorzugt werden darf; erst vor einiger Zeit habe der Reichstag in dieser Beziehung über das Postliche Bureau ganz seltsame Mittheilungen erhalten. Die Schonung der berechtigten Interessen des Publikums hinsichtlich des Telegraphenwesens mache gleichfalls Kommissionsberatung nöthig. Alle diese Fragen würden in der Kommission ihre gründliche Prüfung zu finden haben.

Abg. Dr. v. Bar (dfr.) tritt dem Antrage auf Kommissionsberatung bei. Die Verwaltung besitze thatsächlich ein Monopol, aber nicht gesetzlich fixirt. Der Gedanke, daß das Reich dieses Monopols nicht entbehren könne, habe viel für sich; aber dann müßten auch die Rechte des Publikums im Allgemeinen gegen den Mißbrauch eines solchen Zwangsrechts geschützt werden. Der Vordränger habe verschiedene Vervollständigungen in diesem Sinne als wünschenswerth bezeichnet; aber auch einige andere Punkte bedürfen der Klarstellung. Der Umfang des Monopols sei nicht genügend umgrenzt; nach § 2 solle das Recht des Reiches für einzelne Strecken oder Bezirke verliehen werden können. Hier sei eine präzisere Fassung notwendig; die allgemeine Fakultät reiche nicht aus; die Bedingungen der Verleihung müßten ausdrücklich gesetzlich festgelegt, nicht einseitig von der Verwaltung vorgeschrieben werden. Unentschieden sei ferner die Frage der Postbarmachung der Verwaltung für die Nichtbeförderung der Depeschen. Sodann dürften die Erhöhungen der Telegraphengebühren nicht ohne Genehmigung des Reichstages erfolgen. Auch über die Modalitäten der Gebührenfreiheit sei eine Erörterung wünschenswerth.

Abg. Kurek (nl.): Die Vorlage hat unseren Beifall; sie ist bestritt, thatsächlich bestehende Zustände gesetzlich zu fixiren, sowohl das Telegraphenregal oder Monopol, welches ganz unter dieselben Gesichtspunkte fällt, wie das Postregal; ferner die gesetzliche Gleichstellung der Telephon- mit den Telegraphen-Anstalten, endlich den strafrechtlichen Schutz der hier auf gesetzlicher Grundlage gestellten thatsächlichen Einrichtungen. Höchstens in letzterem Punkte wären in einzelnen Bestimmungen Milderungen oder Ausnahmen wünschenswerth. Eine Bestimmung über die Gebührenhinzubringen scheint mir bedenklich, wie überhaupt die Belastung des Gesetzes mit diesen Nebenfragen sein Zustandekommen gefährden würde. Selbstbeschränkung ist daher geboten.

Wirkl. Geheimrath Ober-Postrath Dr. Dambach: Ich spreche den Rednern den Dank für die freundliche Beurtheilung des Entwurfs aus. Daß er seine Mängel hat, davon bin ich vollständig durchdrungen; aber es ist das erste Mal, daß die Telegraphie in Deutschland durch Gesetz geregelt werden soll. Die Frage war, was denn überhaupt in das Gesetz hineinkommen solle. Da kam es vor Allen auf die Schaffung einer staatsrechtlichen Basis an. Dementsprechend bitten wir den Reichstag, diese staatsrechtliche Basis eines Landesverkehrs-Instituts uns zu geben. Die vermissten Punkte sind nicht aus Versehen weggelassen, sondern wohlüberlegt weggelassen worden; namentlich das Expropriationsrecht haben wir für jetzt noch gar nicht haben wollen. Alles dies wird sich später durch Novellen oder besondere Gesetze machen lassen. Das Telegraphen-Geheimniß ist gesetzlich geregelt in der Strafprozeß-, der Konkursordnung und im Straßengesetzbuch; die in dieser Beziehung hervorgetretene Besorgnis ist unbegründet.

Abg. Müller (nall.) erkennt gleichfalls das Bedürfnis gesetzlicher Regelung an, doch sei eine Reihe von Zweifeln vorhanden, die in einer Kommission erörtert werden müßten; geben wir dem Reiche ein Regal, so binden wir uns für die elektrischen Leitungen, die wir später selbst bewilligen sollen. Den Ausführungen des Abg. v. Bar könne er sich nur anschließen.

Nach einer kurzen Erörterung des Abg. von Bar, der zwar das Gesetz nicht mit zu vielen Nebenpunkten bespaßen will, aber wenigstens die Unterscheidung von Telephonanlagen lokalen und allgemeinen Charakters in dasselbe hinein-

bringen will, wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung der internationalen Konvention über den Eisenbahn-Frachtverkehr.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz: Die Vorlage ist bestimmt, der Vielsätigkeit der Bestimmungen auf diesem Gebiete abzuhelfen, und wird nach dem bewährten Vorbilde des Weltpost- und Welttelegraphen-Vertrages große Schwierigkeiten beseitigen. Dieses Ziel war erst in langjährigen Verhandlungen und nur durch allseitiges Entgegenkommen zu erreichen. Deutschland besaß erfreulicherweise schon ein einheitliches Eisenbahn-Frachtrecht, das wesentlich mit dem österreichisch-ungarischen übereinstimmte und auch im Verkehr mit den anderen Nachbarstaaten Anwendung fand. Dieses wurde den Verhandlungen vielfach zu Grunde gelegt; den Rechtsanschauungen anderer Staaten müßten Zugeständnisse gemacht werden. Die letzteren deckten sich aber glücklicher Weise mehrfach mit den Wünschen des deutschen Handelsstandes. Etwas Vollkommenes bietet natürlich der Vertrag nicht; viele Beschlässe sind erst auf dem Wege der Kompromisse zu Stande gekommen. Auf dem Güterverkehr innerhalb Deutschlands erstreckt sich das Uebereinkommen nicht; das Reichs-Eisenbahnamt ist aber mit der Umarbeitung unseres Betriebsreglements beschäftigt, wobei es hofft mit Oesterreich-Ungarn Hand in Hand zu gehen.

Abg. v. Bar empfiehlt die Annahme der Konvention, deren Abschluß ein sehr erfreuliches Resultat internationaler Verhandlungen darstellt. Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission, damit diese dem Hause über den wichtigen Inhalt dieses wichtigen Friedenswertes weiter detaillierte Mittheilungen mache.

Die Konvention wird der soden für die Telegraphenvorlage beschlossenen Kommission überwiesen.

Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Vorlage, betreffend die Schutztruppe in Ostafrika, Wahlprüfungen.)

## Abgeordnetenhand.

62. Sitzung vom 9. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel, Herrfurth und Kommissarien.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Gewerbesteuer wird fortgesetzt bei § 5. Danach sind nicht gewerbesteuerpflichtig Vereine, eingetragene Genossenschaften und Korporationen, welche nur die eigenen Bedürfnisse ihrer Mitglieder an Geld, Lebensmitteln und anderen Gegenständen zu beschaffen bezwecken, wenn sie sahrungsmäßig und theilweise ihren Verkehr auf ihre Mitglieder beschränken und keinen Gewinn unter die Mitglieder vertheilen, auch eine Vertheilung des aus dem Gewinne angesammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausgeschlossen.

Falls Konsumvereine einen offenen Laden halten, unterliegen sie der Besteuerung, ebenso unter denselben Voraussetzungen Konsumanstalten, welche von gewerblichen Unternehmern im Nebenbetriebe unterhalten werden.

Mollereigenenschaften, Wingervereine und andere Vereinigungen zur Bearbeitung und Verwerthung der selbstgewonnenen Erzeugnisse der Theilnehmer unterliegen der Gewerbesteuer nur unter denselben Voraussetzungen, unter welchen auch der gleiche Geschäftsbetrieb des einzelnen Mitgliedes hinsichtlich seiner selbstgewonnenen Erzeugnisse der Gewerbesteuer unterworfen ist.

Endlich sollen Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit der Gewerbesteuer unterworfen sein.

Abg. Barinus beantragt im ersten Abfah die letzten Worte: „und keinen Gewinn u. s. w.“ bis „ausgeschlossen“ zu streichen, den zweiten Abfah ganz zu streichen und im Abfah 3 die Worte: „hinsichtlich seiner selbst gewonnenen Erzeugnisse“ zu streichen.

Die Abgg. Robert-Tornow, Eberhard u. Gen. beantragen im Abfah 2 statt „gewerblichen“ Unternehmern zu setzen „gewerbesteuerpflichtigen“ Unternehmern.

Abg. v. Jheunilz beantragt den letzten Abfah ganz zu streichen.

Abg. v. Heede erklärt sich gegen die Heranziehung der Konsumvereine, wenn dieselben einen Gewinn vertheilen. Dadurch wird einmal jeder Konsumverein gezwungen werden, so billig als möglich zu verkaufen, um jeden Gewinn zu vermeiden; dadurch werden die kleinen Händler erst recht geschädigt; ferner wird aber auch der Spartrieb beeinträchtigt, der jetzt dadurch ge-

rechtigte Rolle im Stücke. So z. B. ist sehr unwahrscheinlich, daß der Brief des jungen Fosters in die Hände seines Waters fällt. Durch nichts ist erklärt, wieso der unpraktische Arbeiter Duncan in die Lage kommt, seine Erfindung zu eigenem Nutzen zu verwerthen u. s. w. u. s. w. Die langen Monologe auf der Bühne und ähnliche Schwächen sollen nur noch erwähnt werden.

Und sozial ist das Stück auch nicht auf dem Boden der Wahrheit gebaut. Wohl giebt es solche Fabrikanten wie Foster, solche Lords wie Arlington, nicht aber solche Arbeiter wie Duncan. Der Versuch ist gemacht, die sozialen Gegensätze, ja noch mehr die ökonomische Entwicklung auf die Bühne zu bringen. Aber schmächtig ist dies mißlungen. Eine Moral des Stückes ist doch, daß der tüchtige, selbstständig denkende Proletarier die ökonomische Unabhängigkeit erringt und daß der geistlose Millionär zu Grunde geht. Dies mag ja in Märchen von Harmoniedüffeln einen hübschen Effekt machen, aber in der Wirklichkeit kommt dies nicht vor. Ebenjowenig ist auch die Entwicklung der Verhältnisse so gegangen, daß wie dem Lord der Schlotbaron, so diesem der tüchtige Arbeiter in der Herrschaft folgt, wie Herr Jones uns auf der Bühne zeigt. So müssen wir zu dem Urtheil kommen, daß Jones Arbeit weder der ästhetischen noch der sozialen Kritik genügen kann. Wenn trotzdem viel geklatscht und die Darsteller nach jedem Abschlusse mehrmals hinausgerufen wurden, so ist dies theils dem guten Claque-Arrangement des Herrn Barnay, theils der trefflichen Darstellung Duncans durch Herrn Kraushed zuzuschreiben. Der Former Pegg (Herr Schindler) und Annie Duncan (Fraulein Odilon) ernteten auch Beifall. Leider, es ist dies Schuld des Autors, nicht der Darsteller, störten die heiteren Episoden die ernste Stimmung in nicht zulässiger Weise. Ueber die übrigen Darsteller läßt sich weder viel Gutes noch viel Schlechtes sagen. Die Regie war im Allgemeinen sehr gut.

## Theater.

Berliner Theater. Norweger und Russen, Franzosen, Italiener und Spanier sind auf unseren Bühnen gute Bekannte, ja sie gelten uns zum Theil als nachahmenswerthe Vorkämpfer einer neuen vielerheißenden Richtung im Drama. Theils um uns Muster für unsere zurückgebliebene Dramatik zu verschaffen, theils um dem Mangel an Stücken abzuhelfen, die unseren Theaterdirektoren ausführbar erscheinen, d. h. die Bourgeoisie in's Haus locken müssen fremde Autoren auch für unsere Bühne schaffen. Aber keine von beiden Rücksichten schien bei der Wahl des am Sonnabend im Berliner Theater zur ersten Aufführung gebrachten Stückes von Henry Arthur Jones „Arbeit“ (The Middleman) zu gelten. Weder geschäftliche, noch ästhetische, noch soziale Gründe können die Aufführung dieses Stückes rechtfertigen. Doch bevor wir dies begründen, sei in Kürze der Inhalt des englischen Schauspieles hier mitgetheilt. Im ersten Akte sehen wir alle Hauptpersonen des Stückes: Joseph Foster, den Fabrikanten, der eben um einen Parlamentsstich bewirbt, einen Hohlkopf, der durch Ausbeutung der Erfindung eines seiner Arbeiter zum Millionär geworden, und bereit ist, seinem Egoismus und Ehrgeiz Alles zu opfern, selbst die Ehre seines Sohnes. Nichts ist ihm peinlicher, als an den Erfindungsgeist seines Arbeiters Robert Duncan, dem er Alles verdankt, erinnert zu werden. Dieser ist ein genialer Erfinder, der, von seiner Erfindung abgesehen, für Nichts, am allerwenigsten für die Wahrung seiner Interessen Sinn hat, und nur an seine Lebensaufgabe denkt: die Mischung des chinesischen Porzellans zu entdecken. Seine einer Tochter lebt als Gesellschafterin der Tochter des Fabrikanten in dessen Hause, wo sie sich unwürdige Zurücksetzung gefallen lassen muß, sie wird von dem Sohne Fosters geliebt und verführt. Dieser, früher ein leichtfertiger Lebemann, will nun das Proletariatsmädchen heirathen, fügt sich aber dem Wunsche des Waters, sich mit der Tochter eines

fördert wird, daß die kleinen Leute in den Konsumvereinen Dividenden erhalten.

Abg. Hammacher hält die Steuerfreiheit der Genossenschaften und Konsumvereine für eine Hebung der Grundbesitzer, daß gemeinnützige Institute nicht steuerpflichtig sein sollen.

Generaldirektor Burghart: Die Sache muß mit klärer Ruhe betrachtet werden, denn die Gewerbesteuer nach dem vorliegenden Entwurf ist durchaus nicht so Erbsüßlich, daß dadurch die Genossenschaften in ihrer Entwicklung gehemmt werden könnten, die Befreiung von der Gewerbesteuer würde auch wirtschaftlich nicht so bedeutend sein, daß daraus ein neuer Aufschwung der Genossenschaften erfolgen wird. Redner verweist darauf, daß die Regierungsvorlage gegenüber der Kommissionsvorlage erhebliche Vorzüge habe. Sie wolle die Gewinnverteilung nicht verhindern, aber sie stattfinden lassen nach den zwischen den Mitgliedern und dem Vereine gemachten Geschäften; denn die Verteilung von Dividenden nach Maßgabe der Geschäftsanteile und die Ansammlung von Kapital würde auf ein Gewerbe hinderten. Ich bitte also, im ersten Absatz die Regierungsvorlage wiederherzustellen und den letzten Absatz wegen der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit zu streichen entsprechend den Beschlüssen vom Sonnabend.

Abg. Parfiss (Df.): Die Erzielung von Dividenden hat stets bei den Genossenschaften in erster Linie gestanden; eine solche Auffassung wie die der Regierungskommission, hat noch niemals jemand von den Genossenschaften andeuten hören. Die Klagen bisher gingen nicht dahin, daß die Genossenschaften überhaupt nicht besteuert werden, sondern es wurde darüber geflagt, daß jetzt ohne jede gesetzliche Vorschrift die Genossenschaften als steuerpflichtig hingestellt werden und gewährt nur gewisse Ausnahmen. Der Regierungsvorschlag ist ganz unannehmbar, denn es besteht keine einzige Genossenschaft in Deutschland, welche ihre Gewinne verteilt nach dem Maßstab der gemachten Darlehen und Warenbezüge. Am Hause ist durchaus keine Abneigung gegen die Genossenschaften vorhanden gewesen; die Regierung hat angefangen, alle kleineren Genossenschaften mit steuerlichen Maßregeln zu verfolgen. Redner empfiehlt die Annahme seiner Anträge, namentlich auch im Interesse der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Abg. Oberhard und Robert-Tornow empfehlen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bzw. den oben mitgetheilten Antrag zu Absatz 2, monach das Wort „gewerbliche“ ersetzt werden soll durch „gewerbesteuerpflichtige“.

Abg. Tassbach (Z.) empfiehlt die Besteuerung der Konsumvereine, welche kein Steuerprivileg brauchen.

Abg. von Theoplis empfiehlt die Streichung des Absatz 4, weil Gegenseitigkeits-Gesellschaften nicht steuerfrei sein können.

Abg. Bachem-Kreisel (Z.) erklärt sich ebenfalls gegen die Steuerfreiheit der Konsumvereine; ebenso

Abg. von Tiedemann-Bomst, welcher bestreitet, daß die Kommission von einer Abneigung gegen die Konsumvereine geleitet sei.

Abg. Lückhoff (N.) bestreitet, daß die Regierung ungeschicklich verfahren habe, als sie die Konsumvereine besteuerte. Es sei vielfach vorgekommen, daß die Konsumvereine in großem Maßstabe an Nichtmitgliedern veräußert und das führte zur Schädigung der kleinen Gewerbetreibenden. Es liege nur im Interesse der Konsumvereine, wenn die Ungleichheit dadurch beseitigt wird, daß sie ebenso wie ihre Konkurrenten Gewerbesteuer zahlen.

§ 5 wird unter Streichung des Absatz IV mit einigen redaktionellen Veränderungen angenommen.

Abg. Hammacher beantragt darauf mit Rücksicht auf die bevorstehenden Beratungen des Reichstages die Vertagung der Sitzung.

Abg. von Redlich hält nur eine Vertagung der Sitzung auf eine halbe Stunde für notwendig, da es sich im Reichstag nur um eine einzige wichtige Abstimmung handelt.

Abg. Stengel empfiehlt aber, die Sitzung um 9 Uhr beginnen zu lassen (Widerspruch und Geschrei), damit sie mit Rücksicht auf den Reichstag um 9 Uhr abgetrocknet werden kann. Das Haus entscheidet sich dafür, die Sitzung um 10 Uhr zu beginnen. Schluß 2 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung der Gewerbesteuer.)

## Lokales.

Zur Kellnerfrage nimmt die „Deutsche Gastwirths-Zeitung“ in einer ihrer letzten Nummern das Wort, und zwar anlässlich der von sozialdemokratischer Seite im Reichstage an den Gastwirth in Bezug auf die Kellnerfrage geübten Kritik. Das Prinzipal-Organ versucht nun, die dem Gastwirth gemachten Vorwürfe auf ihr richtiges Maß zurückzuführen, indem es der Meinung ist, daß auch der Parlamentarier zuweilen der Klapppatrone (S) bedürfe. In erster Linie tritt das Fachblatt dem erhobenen Vorwurfe der Ausbeutung des Kellners seitens des Gastwirths durch Vorenthaltung der Sonntagsruhe und übermäßig lange Beschäftigung an den Wochentagen entgegen und weist zunächst darauf hin, daß im Gastwirthsgewerbe der Sonntag gerade ein Hauptarbeits- und Erwerbstag, letzterer auch für die Kellner sei, und daß diese selber nicht an den Sonntag verzichten würden, daß den Kellnern aber an Stelle des Sonntags in der Woche ein freier Tag gewährt werde. — Es ist dies einer der nichtigsten Einwände, wie sie von unseren Gegnern so vielfach gemacht werden. Besonders klammern sie sich jetzt an das Wort „Sonntagsruhe“, obgleich darauf kein Gewicht zu legen ist. Ob der freie Tag, und auf diesen kommt es an, nun gerade ein Sonntag ist, ist von nebensächlicher Bedeutung. Wenn den Kellnern also ein freier Wochentag gewährt würde, so wäre ja Alles in Ordnung, — aber, fragen wir, wo besteht denn diese Einrichtung überhaupt? Wo überhaupt freie Zeit gewährt wird, da wird sich diese nur auf einen halben Tag beschränken, sonst aber wird auch dieser in Wegfall kommen. — Die Ueberbürdung an den Wochentagen ist nach Ansicht der „D. G. Z.“ nicht so schlimm, denn es giebt lange Stunden des Tages, in denen der Kellner gar nicht beschäftigt ist, weil keine Gäste vorhanden sind, die außer dem Wirth Niemand schmerzlicher vermisst, als er selbst, der froh ist, noch ein paar Abendstunden dem Erwerb widmen zu können. — Die „D. G. Z.“ fußt hier auf die weniger beschäftigte Zeit der Kellner während einzelner Tagesstunden, vergißt aber ganz, daß die Kellner während dieser Zeit auch „im Dienste“ sind und entweder jeder Zeit zum Bedienen etwa erscheinender Gäste bereit sein müssen, oder aber von den Herrn Gastwirth, während sie der wohlverdienten Ruhe pflegen, mit zeitvertreibenden Nebenbeschäftigungen bedacht werden, sodas von Ruhe und Erholung keine Rede sein kann. Und wenn die Kellner froh sind, „noch ein paar Abendstunden dem Erwerb widmen zu können“, so beweist das eben, daß die Kellner materiell schlecht gestellt sind, und wenn auch die „D. G. Z.“ lähn behauptet, jeder anständige Gastwirth honoriert seine Gehilfen“, so ist doch stadtbekannt, daß diese „Honorare“ ebensowenig anständig sind, wie die Gastwirths, die gar kein „Honorar“ bezahlen! Die Kellner sind eben auf die Tringelbörse angewiesen, um diese Thatsache kommt auch die „D. G. Z.“ trotz aller schönen Redewendungen nicht herum. Gar sonderbar klingt es demgegenüber, wenn die „D. G. Z.“ sagt: „Wir glauben behaupten zu dürfen, daß von allen Gewerbegehilfen die Kellner mit am besten sich stellen, wo man von ihrem im Allgemeinen gesunden Aussehen lässig sich überzeugen kann.“ Nun, die „Kellnerlohn“ in hiesigen Städten nicht schuld, und was die Kellner sich aus eigener Laune zur Erhaltung ihres Körpers leisten, haben sich die Gastwirths wahrlich nicht auch noch als ihr Verdienst a conto zu schreiben. Und wenn die „D. G. Z.“ weiter sagt: „was ihre Stellung in

der Gesellschaft betrifft, so haben unsere Vereinigungen alles Mögliche gethan, den Stand der Kellner zu heben, was ihnen anerkanntermaßen auch gelungen ist“, so ist das eitel Gerede. Die gastwirthsgewerblichen Vereinigungen sind nichts gethan haben und auch nie thun werden. Die Fachschule, auf welche hier vermuthlich gefast wird, ist ein einfaches Konkurrenzunternehmen gegen die Gastwirths-Zimung und noch viel zu jung, um bedeutungsvoll zu sein. Die Versicherung der „D. G. Z.“, auch der Stand der Gastwirths wird gern mitwirken in dem Streben, allen Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, nur darf man ihm die geschäftlichen Lebensadern nicht unterbinden, denn wenn er selbst nichts verdient, kann er auch seine Gehilfen nicht so bezahlen, wie er gern möchte“ bekundet zur Genüge den Egoismus der Gastwirths. Nur immer lässig für den Gastwirths geformt; für die Kellner sorgt er dann! Wie? Das ist eine andere Frage!

Ein Arbeiterfest und zwar ein wahres Arbeiterfest war es, welches die Genossen und Genossinnen des fünften Wahlkreises zur Feier des Stiftungsfestes ihres Wahlvereins am Sonnabend Abend in der Brauerei Böhm vereinte. Mitten im Saale waltete von der Decke herab das rote Freiheitsbanner und angelehnt an die Säulen schienen auch alle Anwesenden für den einen Abend alle die Sorgen und Plagen in dem schweren Kampf um Dasein, alle Bedrückungen und Knechtungen vergessen und hoffensfreudige Blick auf die rosige Zukunft gerichtet zu haben. Der Verlauf des Festes war ein geradezu musterhafter, durch seinen Verlauf wurde die Feier geföhrt, ein Jeder schenkte das edle Bestreben zu haben, nicht bloß für sich selbst einen solchen Augenblick zu erhalten, sondern auch alle seine Fest- und Genossinnen in dieselbe sorglos-beitere Stimmung zu bringen. Und sätlich, ohne zu große Anstrengung gelang dies bald, so daß allmählich ein ungezwungener harmonischer Ton Platz griff.

Erste und heitere Vorträge, ein sehr gut vorgetragener Prolog, ein Festvortrag und Deklamationen wechselten anmuthig ab mit dem Tanz. Darzwischen klangen die gelungenen Vorträge des Arbeiter-Vergnügen „Unvergagt“, dessen meisterhaftes Absingen der Marckische ganz besonders allgemeinen und ungeheilten Beifall fand. Erhöht wurde die heitere Stimmung noch, als eine größere Zahl, theilweise sehr schöner Gewinne zur Verloofung gelangten. In dieser Weise nahm das Fest seinen ungehörten Verlauf, nur ungern trennten sich die Genossen, als der Morgen bereits heranzubrochen begann.

Der Umgang mit Kranken ist gewiß schwierig, daß weiß Jeder, der einmal in die traurige Lage kommt, sich mit der Pflege eines Kranken beschäftigen zu müssen. Die Mitglieder der Krankenkassen sind nun noch mehr reizbar, als andere Kranke, weil ihnen die Kontrollmaßregeln sehr lästig sind, chindand erscheinen und den Kranken in der That Verschickungen auferlegt werden, die mehr nach einer Freiheitsstrafe, als nach vernünftigen Vorschriften zum Zwecke der Krankenkontrolle aussehen. Wenn der Arzt einen Kranken untersucht und ihn als krank befunden hat, so sollte man den Kranken doch nicht, wie es heute gewöhnlich geschieht, an das Zimmer schieben, sondern ihm freie Bewegung lassen und wenn Kontrollbesuche nöthig, diese auf bestimmte Stunden festsetzen. Bei den meisten Krankheiten wirkt ja der Gemüthszustand mehr als die Arznei für die Genesung und der dauernde Aufenthalt im Krankenzimmer ist keineswegs immer zu empfehlen. Es sind uns in letzterer Zeit eine ganze Anzahl von Beschwerden zugegangen, die sich alle um diese Behandlung und um die lästigen Kontrollbesuche drehen und zum Theil auch gegen die freien Klassen sich richten. So schreibt uns ein Maurer, der einer freien Klasse als Mitglied angehört, folgendes: Es steht mir nach dem Kassensatz die freie Wahl des Arztes zu. Als solchen hatte ich den Professor Z. gewählt. Am 28. Januar wurde ich von dem Vertrauensarzt der Klasse besucht und erhielt am 2. Februar die Aufforderung, diesen Herrn in seiner Wohnung in Moabit zu besuchen (ich wohne in der Sminemünderstraße). Nach mehrmaliger Untersuchung erklärte mir der Vertrauensarzt, daß die Schmerzen, an denen ich litt, sich vorläufig noch nicht verlieren würden, ich möchte mich trotzdem aber gesund melden, nur um der Kasse den Willen zu zeigen. Dabei meinte der Herr Doktor sehr freundlich: „Sie sind Maurer, nicht wahr? Und nun lassen Sie das schöne Wetter vorbeiziehen!“ Am 26. und 27. Januar erschienen außer dem Krankensucher noch zwei Kontrolleure in meiner Abwesenheit bei mir, von denen einer auf Befragen meiner Frau erklärte, mit mir über Arbeitsangelegenheiten sprechen zu wollen.

Auf mein Befragen bei der Kasse, wer die beiden Kontrolleure waren, erhielt ich die Antwort, ich müßte mich nach Hamburg an den Hauptvorstand wenden, um dies zu erfahren.

Wir sind ja unfererseits überzeugt, daß die Leute nach ihrer besten Ueberzeugung ihre Schuligkeit gethan zu haben glauben; aber mit Kranken muß man eben anders umgehen, als mit Gesunden und die freien Klassen sollten in dieser Beziehung mit gutem Beispiele vorangehen und die lästigen Kontrollen beseitigen; lieber eine strengere ärztliche Untersuchung als diese lästige Freiheitsbeschränkung der Kranken, die diese unmuthig macht und ihnen in der Genesung schadet.

In dem Artikel: „Die nachtheilig die Berliner Miethverhältnisse“, in unserer Nr. 53 vom Mittwoch, den 4. d. Mts., wird uns von dem Besitzer des Hauses Neue Jakobstraße 23, Herrn Neumann, berichtend mitgetheilt, daß sich die Sache nicht so verhält, wie wir nach der uns gewordenen Mittheilung annehmen mußten.

In dem genannten Hause betreibt der Gastwirth Tipler ein Schankgeschäft im Keller. Die Frau des Herrn Tipler kam eines Tages mit der Anmeldung des betreffenden jungen Mädchens, in welcher dasselbe als Arbeiterin bezeichnet war, zu dem Wirth. Herr Neumann bat darum, das junge Mädchen doch lieber als Dienstmädchen anzunehmen, weil es einen schlechten Eindruck mache, wenn in einem Schankgeschäft, in welchem viele junge Männer verkehren, eine Arbeiterin, als in Salastelle liegend, angemeldet würde. Von einer Ermiffion oder Erhöhung mit gerichtlichen Schritten war so wenig die Rede als davon, daß Frau Tipler Herrn Neumann ein Dienstzeugnis des jungen Mädchens vorweise. Herr Neumann gehört auch keineswegs zu den rigorosen Berliner Hauswirth, da er in seinem Hause an eine ganze Anzahl von Arbeitern und alleinlebenden Frauen Wohnungen vermietet hat und mit diesen Miethern im besten Einvernehmen lebt.

Eine Angel kam geflogen, aber leider an den unrechten Ort, nämlich in die erste Etage eines an der Kruppstraße gegenüber dem großen Militär-Gezierplatz gelegenen Hauses. Dieselbe schlug zunächst durch den unteren Holzrahmen des Aufsenfensters, bohrte ein rundes Loch in die innere Scheibe und nahm dann etwas steigend ihren Weg durch das Zimmer bis an die dem Fenster gegenüber befindliche Wand, in welche sie etwa in Manneshöhe einschlug. Ein weiterer Unfall ist nicht vorgekommen; wäre der Schuß aber nur eine Minute früher erfolgt, so würde er wahrscheinlich einem Menschenleben ein jähes Ende bereitet haben. Denn ein Bewohner des Hauses hatte noch gerade vorher lesend an dem Fenster gesessen und eben das Zimmer verlassen die Thür hinter sich geschlossen, als er den durch das Einschlagen der Angel verursachten Lärm wahrnahm und in das Zimmer zurückkehrend das noch warme Geschöß vorfand. Auf dem dem Hause gegenüber gelegenen Theil des Gezierplatzes übte eine Abtheilung Infanterie, als sich dieser Vorfall, am Freitag, ereignete. Die Untersuchung, welche bereits eingeleitet sein soll, wird hoffentlich ein zufriedenstellendes Ergebnis haben und dazu beitragen, daß die in jener Gegend wohnenden Bürger in Zukunft nicht mehr solchen Lebensgefahren ausgesetzt sind.

Im Regiment der Garde du Corps hat man, wie uns mitgetheilt wird, dieser Tage Hausfuchung nach sozialdemokratischen Schriften abgehalten. Bei einem Soldaten der vierten Eskadron hat man solche gefunden; derselbe befindet sich seitdem in Untersuchungs-Arrest.

Anlässlich unserer Meldung von einer politischen Tunde nach Piederbüchern in der Druckerei von Maurer, Werner und Dimmig, wird uns mitgetheilt, daß an demselben Tage — Sonnabend — bei dem Vertrauensmann des fünften Wahlkreises, dem Genossen Gabbert, ebenfalls in dessen Abwesenheit eine Hausfuchung stattfand, wobei der Polizei 4 Pakete mit Piederbüchern — insgesamt etwa 800 Stück — in die Hände fielen.

Noch ein neues Mittel gegen Tuberkulose. Wie die „Krotheker-Zeitung“ meldet, wird Prof. Gwald, der bekannte Dirigent der inneren Abtheilung des Augusta-Hospitals zu Berlin, demnächst mit einem neuen Tuberkulose-Mittel an die Öffentlichkeit treten.

Ein räuberischer Heberfall auf einen Bauwächter, welcher eine auffallende Aehnlichkeit mit der Ermordung des Bauwächters Weisner in der Eberswalder Straße am 7. Dezember 1899 aufweist, ist am Sonnabend auf dem Neubau Blumenstr. 69 verübt worden. Der 70-jährige in der Mödenerstraße wohnhafte Bauwächter August Körber, welcher nicht weniger als drei Wachen in Baupargelle 9 zu beaufsichtigen hat, verließ am Abend des erwähnten Tages gegen halb 11 Uhr seine Wächterhütte, um einen Rundgang durch die Neubauten anzutreten. Als er sein Zimmer verlassen hatte, erblühte er auf dem anstößenden Korridor einen ihm unbekanntem Menschen. Ehe A. Zeit hatte, den Fremden schärfer ins Auge zu fassen, wurde ihm plötzlich durch einen Hieb mit einem Knüttel die Laterne, die er in der Hand hielt, zertrümmert und in der nächsten Sekunde fühlte sich der alte Mann von kräftigen Händen am Halse gepackt. Die Kehle wurde ihm derartig zusammengepresst, daß er weder atmen noch schreien konnte und ihm ein Blutstrom aus Mund und Nase vorquoll. Der Attentäter würgte sein Opfer so lange, bis es die Bewußtlosigkeit verlor, und raubte es dann aus. Als der Wächter wieder zum Bewusstsein kam, vermehrte er seine Nothlage, die aus 6 Thalern, 2 Zweimarkstücken und einigen 50-Pfennigstücken bestand. Der Ueberfallene, welcher glaubt, den Räuber an der Hand gefasst und dadurch vielleicht kenntlich gemacht zu haben, hat äußerlich keine erheblichen Verletzungen davongetragen; da er aber an einem Ohre Blut verloren hat, so scheint es, daß er innerlich verletzt worden ist. — Nach der Schilderung des Ueberfallenen ist der Räuber noch ein junger Mann von kleiner, unterlegter Statur, kräftigem Körperbau und dunklem Vollbart.

Mordversuch und Selbstmord! Einen Mordversuch auf seine eigene Frau hat am vergangenen Freitag der Gärtner Pohlmann aus Berlin, wie aus dem an der Stettiner Bahn belegenen Dörje Zeppernick gemeldet wird, ausgeführt und sich dann selbst durch einen Schuß entleert. Die P. 'schen Eheleute waren vor etwa 6 Jahren von hier nach Zeppernick verzogen und hatten daselbst eine größere Ackerwirtschaft gekauft. P. vernachlässigte seine Pflanzung aber derartig, daß er dieselbe in den letzten Jahren nicht mehr zu halten vermochte; das Gut mußte aus dem Bruder seiner Frau übertragen werden. Da sich P. auch dem Trunk ergab, wurde ihm seitens der Verwandten der Aufenthalt auf der Pflanzung untersagt und nun zog er wieder nach Berlin, um sich hier als Gärtnergehilfe oder Arbeiter zu ernähren. Mehrere Male lehrte P. nach Zeppernick zurück, durfte jedoch, weil er stets in Streit und Hader mit den Seinigen gerieth, nie lange daselbst verweilen und schließlich wurde ihm jeder fernere Besuch auf dem Gute untersagt. Am vorigen Freitag fuhr P. wieder nach dem Wohnort seiner Frau und ließ dieselbe auf den Hof hinauslaufen; als Frau P. erschien, zog der Mann einen Revolver und feuerte denselben auf die Wundgeschosse ab; er hatte nach dem Herzen gezielt, und nur dadurch, daß die Frau unwillkürlich die rechte Hand auf die Brust legte, wurde sie vom sicheren Tode gerettet. Die Kugel ging in den Unterarm und blieb im Knochen stecken; ehe noch die hinzukommenden Angehörigen es zu verhindern vermochten, hatte sich P. eine Kugel in den Kopf gejagt, so daß er sofort bewußtlos zu Boden sank. Die verwundete Frau wurde nach dem Krankenhaus Bethanien überführt, während P. in das Bernauer Hospital geschafft wurde, wo er bald nach Einlieferung an den Folgen seiner schweren Verletzung verschied. — Wie aus Bethanien mitgetheilt wird, befindet sich Frau P. auf dem Wege der Besserung.

Von einer Lokomotive überfahren und getödtet wurde in der Nacht zum Sonntag der Stationsvorsteher des Stabring-Bahnhofes Weisensee. Nachts gegen 12 1/2 Uhr, nachdem bereits der fogenannte „Theaterzug“ den Personenbahnhof Weisensee verlassen hatte, wollte der dienstherrnde Stationsvorsteher Herr Kneifschke die Geleise und Weichen des Güterbahnhofs, welche jenseits der Greifswalder Straße am ehemaligen Personenbahnhofe gelegen sind, revidiren, und überschritt die neben der Station befindlichen Geleise des Güterverkehrs. Wohl infolge der regnerischen, feuchten Witterung muß der Beamte auf den Schienen ausgeglitten und gefallen sein; während Herr K. sich dann aufzurichten versuchte, kam eine nach Station Rummelsburg zurückfahrende Lokomotive vom Güterbahnhof Weisensee herangebraust, und da in der Dunkelheit der Führer der Maschine den auf den Geleisen liegenden Beamten nicht bemerken konnte, so gingen die Räder der Lokomotive so unglücklich über den rechten Arm und Fuß des Stationsvorstehers hinweg, daß diese Gliedmaßen total vom Körper abgetrennt wurden. Der Todesstoß des Unglücklichen wurde auf dem Personenbahnhofe gehört und mehrere Angestellte eilten nun hinzu, welche Herrn K. in einer Blutlache liegend, vorfanden und den nur noch schwach Athmenden nach dem Stationsbureau schafften. Hier verschied K. nach wenigen Minuten, noch bevor ärztliche Hülfe zur Stelle war; der bei seinen Untergebenen sehr beliebte, in den besten Jahren stehende Mann hinterläßt eine aus Frau und drei Kindern bestehende Familie. Die sofort von dem Unglücksfall benachrichtigte Kreispolizei ordnete die Ueberführung der Leiche nach dem Oeduktionshause an.

Wegen Verdacht der Brandstiftung ist der Zigarettenhändler J. in der Meindendorferstraße verhaftet worden. Ende vorigen Monats brach bei ihm Feuer aus, das jedoch bald gelöscht wurde. Die Entstehungsurache wurde damals nicht ermittelt; da aber die Kriminalpolizei später erfuhr, daß ein alter Brandstifter in einem Verbrecherlokal demjenigen, welcher in dem H. 'schen Geschäfte Feuer entzogen werde, eine Belohnung von 500 M. zugesichert hatte, so trat sie der Gefährdung des J. etwas näher und fand, daß er sich in sehr abler Geschäfte befand. Das Geschäfte ging gar nicht mehr, die Kassen in dem Depositorium waren meist leer, es fanden sich nur noch 100 Stück Zigaretten vor, die für den Einzelverkauf bestimmt waren. Die Kriminalpolizei hegt daher den Verdacht, daß J. den Brand selbst wenigstens veranlaßt hat und nahm ihn fest.

Polizeibericht. Am 7. d. M. Nachmittags stürzte sich ein 38-jähriger Arbeiter in selbstmörderischer Absicht aus dem Rückenfenster der im Hause Nr. 89, Straße 89, im 3. Stock belegenen Wohnung seiner Mutter auf den Hof hinab und erlitt hierbei so schwere innere Verletzungen, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — In der Nähe des Denkmal-Friedrichs des Großen machte Nachmittags ein etwa 20 Jahre alter unbekannter Mann den Versuch, sich durch einen Revolverschuß in den Mund zu tödten. Er wurde noch lebend nach der Charitee gebracht. — Am 7. d. M. Abends der Bauwächter Körber nach einem Rundgang durch den Neubau Blumenstraße 69 die im rechten Seitenflügel zu ebener Erde für ihn hergerichteten Räume betreten wollte, bemerkte er, daß die bisher verschlossene gewesene Thür geöffnet und die an derselben befindliche Kramme ab-

gebrochen war. Er begab sich infolge dessen sofort wieder nach dem Korridor, wo er von einem unbekannten Manne einen Schlag erhielt, durch welchen seine auf der Brust getragene Laterne zertrümmert wurde. Hierauf schlug der Mann den Körper mehrere Male auf den Kopf, während ihn so lange, bis er das Bewusstsein verlor und herab auf die Straße zu Boden sank. Die Verletzungen, welche Körper erlitten, scheinen nur leichte zu sein. — Vor dem Hause Elisabeth-Weg 44 fiel in der Nacht zum 8. d. M. ein unbekannter Mann in den Louisenstädtischen Kanal und ertrank. Die Leiche ist bisher nicht aufgefunden worden. — Auf dem Bahnhof Weichense wurde am 8. d. M. früh der Stationsvorsteher Kretschke beim Ueberschreiten des Bahngeländes von einer nach dem Stettiner Bahnhof fahrenden Rangiermaschine überfahren und auf der Stelle getötet. — Am 7. d. M. fanden vier kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

Die Angelegenheit des stad. phil. Paul Fittig beschäftigt immer noch die Gerichte. Bekanntlich hat Fittig gegen die Redaktion einer Anzahl hiesiger Zeitungen, welche einen ihn schwer beleidigenden Artikel aus dem „Börsen-Courier“ entnommen und veröffentlicht hatten, den Klagenweg beschritten und durch die Erkenntnis Genugthuung erhalten. Auch gegen den Verfasser des beleidigenden Artikels, den früheren Studenten Alexander Morgenstern, hatte Fittig Strafantrag gestellt und der Beklagte war in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurtheilt worden. Wegen der Höhe des Strafmaßes war Revision eingelegt worden und machte der Verteidiger des Beklagten, H. A. Dr. Friedmann, im letzten Termine vor dem zweiten Instanz so viele Milderungsgründe geltend, daß das Gericht das erste Urtheil aufhob und die Strafe auf 300 M. herabsetzte.

Unter einem schweren Verdachte standen gestern zwei bisher unbescholtene Personen, die Wittne Marie Köpfe und deren sechsjährige Tochter Elisabeth Köpfe, vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Die Mutter sollte unter Beihilfe der Tochter in äußerst raffinierter Weise einen schweren Diebstahl ausgeführt haben. Am Morgen des 3. Juni vorigen Jahres begab sich beide Angeklagte nach einem Hause in der Königgrätzerstraße, um der Haushälterin einer daselbst wohnenden Herrschaft zu ihrem Geburtstag einen Blumenstrauß nebst Glückwunsch zu überbringen. Vor dem Hause trennten sich Mutter und Tochter, nur die letztere ging unter Benutzung der Hofterrasse zur Haushälterin hinauf. Als die letztere öffnete, war die erste Frage der Besucherin, ob die Herrschaft zu Hause sei, welches verneint wurde. Nach wenigen Minuten erklärte Elisabeth Köpfe, sie müsse sich durch einen Hieb auf die Straße überzeugen, ob ihr nicht etwa ihre kleine Schwester nachgelaufen sei. Nach wenigen Minuten kehrte sie zurück und nach kurzem Aufenthalt mußte sie die Haushälterin zu bereden, einen Spaziergang mit ihr zu machen. Nach einer halben Stunde kehrte die Haushälterin zurück. Sie sah auf dem Küchentische ein Armband liegen, das sie vorher einem Mahagonikasten entnommen, um es ihren Besuch zu zeigen. Sie wollte es wieder zu ihren anderen Schätzen legen und legte sich deshalb nach dem Hingehen, wo sie schlief und wo der Kasten stand, der außer ihren Schmuckstücken ihre Ersparnisse, 162 M., enthielt. Der Kasten war fort, er mußte geflohen sein, während die Haushälterin die Wohnung auf kurze Zeit verlassen hatte. Die Wittne Köpfe, welche in dem Haushalte mehrfach Anstellungsdienste geleistet und dadurch Kenntniß von den Verhältnissen erhalten hatte, wurde der That verdächtigt. Sie war auch zeitweise mit dem Korridorhelfer verheiratet worden. Die Anklage nahm an, daß die Beschuldigte Marie Köpfe sich einen Schlüssel hatte anfertigen lassen und den Diebstahl seit langer Hand vorbereitet habe. Es wurde angenommen, daß die Angeklagte Elisabeth Köpfe sich erst überzeugen mußte, ob die Haushälterin allein in der Wohnung sei, daß sie dann unter einem falschen Vorwande auf die Straße eilen mußte, um ihrer unten stehenden Mutter Befehle zu sagen und schließlich die Haushälterin aus der Wohnung fortzulocken hatte, während die Mutter den Diebstahl ausführte. Beide Angeklagte bestritten ihre Schuld, der Staatsanwalt hielt sie aber durch die Beweisaufnahme für überführt. Er beantragte gegen die Mutter 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, gegen die Tochter vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt aber trotz der vorliegenden schweren Belastungsmomente die Sache nicht für hinreichend aufgeklärt, um ein verurtheilendes Erkenntnis auszusprechen zu können, es wurde auf Freisprechung erkannt.

Premierlieutenant a. D., Freiherr v. Schenk, hatte sich wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit vor der III. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits seit 4 Monaten in Untersuchungshaft und findet die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. In der Urtheilsvorbereitung bedauert der Vorsitzende, daß der Angeklagte, dem verbotener Umgang mit einem 15-jährigen Knaben zur Last gelegt war, allein auf die Aussagen dieses Jungen hin in Haft genommen sei, er könne es nicht verantworten, einen gebildeten Cavalier auf die Aussage dieses einen Jungen hin zu verurtheilen. Es erfolgte kostenlose Freisprechung. Der Termin hatte über 3 Stunden gedauert!!

Struppirtre Pferde dürfen im öffentlichen Fuhrwesen nicht verwendet werden. Bisher wurden auf die von Schulreuten erstattete Anzeigen die Besitzer nichtiger Droschken wegen Einstellung struppirtre Pferde in Polizeistrafen genommen. Auf den von einem solchen erbobenen Widerspruch folgte, nachdem ein sachverständiger Tierarzt über die Qualität des betreffenden Pferdes das entgegenge setzte Gutachten abgegeben hat, die 25. Abteilung des Berliner Schöffengerichts ein Freisprechendes Urtheil mit dem Präjudicat, daß fortan nicht die Sicherheitsbeamten, sondern nur der Kommission für das öffentliche Fuhrwesen zu entscheiden habe, ob ein Pferd struppirt sei oder nicht.

Ein Vitriol-Attentat gelangte gestern zur Kenntniß der II. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen schwerer Körperverletzung befand sich ein gewisser Ludwig Brühauer auf der Anklagebank. Der Beschuldigte hat mit seiner Ehefrau ein so unglückliches Zusammenleben geführt, daß die Letztere sich von ihm getrennt hat. Seit dieser Zeit verfolgte Brühauer seine Ehefrau mit der Aufforderung, zu ihm zurückzukehren und als er auf entschiedene Weigerung stieß, brütete er auf Rache. Am 3. November besuchte Frau Brühauer ihre beiden in der Köpenickerstraße wohnhaften Schwäger, mit denen sie in gutem Einvernehmen lebte. Am Abend wurde ihnen mitgeteilt, daß der Angeklagte sich seit Stunden auf der Straße in der Nähe des Hauses umhertreibt und augenscheinlich auf seine Ehefrau wartet. Von dem von der Eisertücht geplagten Bruder Schlimmes erwartend, beschloß Rud. Brühauer, seine Schwägerin nach Hause zu begleiten. Sicherheitshalter bemerkten eine Droschke. Wählich bemerkte Frau Brühauer, daß ein Mann neben der Droschke herliefe. Sie machte ihren Begleiter darauf aufmerksam und Beide näherten ihre Gesichter dem offenen Wagenfenster, um sich zu überzeugen, ob jener Mann der Angeklagte sei. In demselben Augenblicke wurde ihnen eine schmerzhaftige Flüssigkeit ins Gesicht geschleudert. Die von Schmerz Gepeinigten ließen die Droschke halten und stiegen aus, um den verdächtigen Mann, welcher die Flüssigkeit ergoß, zu verfolgen. Sie näherten sich demselben auch so weit, daß sie mit Bestimmtheit den Angeklagten erkannten, dem gaben sie die Verfolgung auf und eilten zur Sontagswache, wo sie, wie ebenfalls bei der Polizei, den Angeklagten als den Thäter bezeichneten. Besonders Frau

Brühauer war übel zugerichtet, ihr Gesicht wird zeitlebens durch Brandnarben verunstaltet sein. Im Verhandlungstermine machten die Ehefrau und der Bruder der Angeklagten von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch, der Gerichtshof hielt die übrigen Belastungsmomente aber für ausreichend genug, um den Angeklagten für überführt zu erachten. Das Urtheil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

## Arbeiterbewegung.

**Wochum, 6. März.** Als Delegirte für den in Paris am Osterdienstag, 31. März, stattfindenden internationalen Vergarbeiterkongress sind bisher folgende Vergarbeiter gewählt: für Wochum Weper, für Wattencheid Kohn, für Ueckendorf Prodam, für Weimar Bauer, für Eidel Verbeke, für Essen Brodgras, für Dortmund Bunte, für Annen Schröder, für Eving Diederichs, für Recklinghausen Schröder-Steele, außerdem Siegel für den Bezirk Wölschen.

**Wochum, 9. März.** In Wattencheid fand eine starke Belegschaftsversammlung der Bede Holland statt. Der Vergarbeiter Bringewald sprach sich für die Aufrechterhaltung der Forderungen der Vergarbeiter aus. Der Vergarbeiter Weigner, der sich gegen dieselben erklärte, konnte die Versammlung nicht für sich gewinnen.

**Essen, 8. März.** Eine stark besuchte Vergarbeiter-Versammlung beschloß, die von den Delegirten aufgestellten Forderungen auf Neuperse zu vertreten. Der Vorsitzende Ballmann wurde zum Delegirten für den Pariser Kongress gewählt. Der Vorsitzende des neuen Verbandes Fischer lehnte die Wahl ab. Wegen der Saal- und Scheisperre im Essener Bezirk soll eine Petition an den Regierungspräsidenten gerichtet werden.

**Sattinger, 9. März.** Die gestern hier tagende Versammlung der Vergarbeiter von Dabhausen, Verbeke, Saal und Binden im Sattinger Bezirk wählte den Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“ Müller in Gelsenkirchen zum Delegirten für den Pariser internationalen Kongress. Die Versammlung will sich den Pariser Beschlüssen unterwerfen. Müller erklärt, bei Ausständen würden Deutschland, Belgien und Frankreich geeint sein.

**London, 7. März.** Die Vergarbeiter in den dem Nord-Londoner gehörigen Kohlenruben von Seaham und Maiton Durham stellten heute die Arbeit ein, um damit gegen die Ausweisung einiger Arbeiter der Eiswerkthürde aus ihren Wohnungen zu protestieren. Infolge dessen ist jetzt der Betrieb auf allen Ruben des Nord-Londoner eingestellt und sind an 8000 Grubenarbeiter ausständig.

## Soziale Uebersicht.

**Aufruf.** Es ist unfererseits vor kurzer Zeit in der gesammten Arbeiterpresse aufgefördert worden, daß sämtliche Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter sich auf dem vom 6. bis 9. April in Halle a. S. stattfindenden Kongress vertreten lassen, indem sie von allen Orten Delegirte dahin entsenden. Hierzu fordern wir nochmals dringend auf, indem nach Punkt 5 der Tagesfrage „Organisationsfrage“ eine einschneidende Aenderung in der Form unserer jetzt bestehenden Organisation voraussetzlich entstehen kann. Allen Delegirten, welche schon gewählt sind, resp. noch gewählt werden, wird hiermit die Verpflichtung auferlegt, den Vertrauensmann, O. Sprötte, in Giebichenstein-Halle a. S., große Breitenstraße Nr. 7, von ihrem Erscheinen rechtzeitig zu informieren, damit die Halleiser Kameraden im Stande sind, rechtzeitig genügende Quartiere beschaffen zu können. Gleichzeitig wird jammlichen Delegirten bekannt gemacht, daß zu ihrem Empfang ein Komitee gewählt ist und die Mitglieder desselben zu erkennen sind an sichtbar getragene gestraube Schleifen.

Wißt nochmals, Kameraden allerorts! Wo es noch nicht geschehen ist, beruft öffentliche Versammlungen ein und wählt Delegirte; denn es ist nur noch eine kurze Spanne Zeit bis zum 6. April. Bis dahin aber muß die allgemeine Parole sein: „Auf zum Kongress!“ Thue ein Jeder seine Pflicht, so kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben. Diejenigen Delegirten aber, welche gewählt sind, über irgend einen Punkt der Tagesordnung ein Referat zu übernehmen, fordern wir nochmals dringend auf, dieses der Kommission in Halle anzuzeigen. Wir schließen mit dem Rufe: Kameraden allerorts, auf zum Kongress! Mit kameradschaftlichem Gruß unterzeichnet J. A. der Agitationskommission der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. C. Lange, Godlerweg 19, III, Hamburg. Alle Anfragen sind an diese Adresse zu richten. Sämtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Stuckateure und Gypsbildhauer fand am Freitag, den 6. März, statt. Es war dieses die erste Versammlung, an welcher die Stuckateure gemeinsam mit den Gypsbildhauern und Modelleuren theilnahmen, weshalb dieses Zusammengehen der eigentlich absolut verwandten Berufsgenossen als ein lebhafter Freude begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß sich diese Zusammengehörigkeit auch in späteren Versammlungen betheiligen werde. Zum ersten Punkt der wichtigen Tagesordnung sprach der Bildhauer Genosse Dupont über das Thema: Der Werth und Nutzen der modernen Arbeiterbewegung gegenüber den Innungsbeitreibungen. Der Referent gab zunächst eine eingehende Schilderung der mittelalterlichen Innungen und deren weitverbreiteter Einrichtungen und kam zu dem Schlusse, daß die heutigen Innungen nichts anderes bezwecken, als die Bestrebungen der Innungen wieder aufleben zu lassen. Die Innungen im Mittelalter hätten aber noch immer eine gewisse Existenzberechtigung gehabt, die den heutigen Innungen infolge unserer Kapitalwirtschaft absolut mangelt. Außerdem wollen die heutigen Innungen nicht der Allgemeinheit nützen, sondern nur einzig und allein sich einen Nutzen verschaffen. Ein zielbewußter Arbeiter müsse deshalb den Innungs-Beitreibungen von vornherein ablehnend gegenüberstehen. (Beifall.)

In der Diskussion sprachen die Kollegen Mielle, Waffe, Schmied, Schulz und Bradvogel im Sinne des Referenten. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: In Erwägung, daß die Bildhauer- und Stuckateure-Innungen keinerlei Vortheile bieten, sondern unseren Bestrebungen hinderlich sind, erklären die versammelten Modelleure, Gypsbildhauer und Stuckateure von Berlin und Umgegend, keinerlei Innungsamt anzunehmen zu wollen, vielmehr dahin zu wirken, daß jeder der den hiesigen Fachvereinen noch fernstehenden Kollegen sich diesen anschließen. Wir alle sind der Meinung: nur eine stramme Arbeitervereinigung kann unsere Lage bessern und die miltlichen Zustände in unserem Gewerbe entfernen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht der Delegirten von der Berliner Bauhandwerker-Konferenz wurde die auf der Konferenz gefasste Resolution verlesen und mit zwei kleinen vom Kollegen Schulz beantragten Veränderungen einstimmig angenommen.

Unter „Verschiedenem“ kritisierte Kollege Schulz einen Artikel des „Bauhandwerker“.

Eine öffentliche Versammlung der Steinmehlen fand am Mittwoch, den 4. März, statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Herr Strödel über die Entwicklung der Familie und führte in eingehender Rede aus, daß man fünf verschiedene Formen der Familie unterscheiden könne, die sich aus dem Ur-

zustande der Massenfamilie im Laufe der Jahrtausende zu unserem heutigen Familienleben allmählich herausgebildet hätten. Redner sprach besonders über die Stellung der Frau im Alterthum im Mittelalter und in der Neuzeit und hob hervor, daß die Frau natur- und vernunftrechtlich dem Manne vollkommen gleichgestellt sei. Der Redner erntete reichen Beifall.

In der Diskussion theilnahmen die Herren Reichling, Thomas, Müller, Hempel, Schmidt, Lehmann, Gschly, Weigner und noch verschiedene Andere.

Das Referat zu Punkt 2 der Tagesordnung: Stellungnahme zur Baugewerkschafts-Konferenz, übernahm der Vorsitzende, Kollege Mielle, und empfahl den Kollegen die Annahme der in der Konferenz vertheilten Resolution.

In der Diskussion über diesen Punkt theilnahmen sich die Kollegen Bierack, Fossinck, Hempel, Scherz, Siegel, Gschly, Fährmann und Reichling.

Die umfangreiche Resolution wurde angenommen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde beschlossen, zu Gunsten der angeführten Kollegen in Oppach kräftig zu agitieren. Die betriebl. Listen sind von dem Vertrauensmann an die einzelnen Baupläge abzugeben und die geeigneten Beträge an ihn einzuliefern.

Da Kollege Hempel sein Amt als Kassierer der Gelder niederlegte, so wurde dieser Posten dem Kollegen Fossinck übertragen. Nachdem ferner beschlossen war, daß die Revision von den Revisoren des Verbandes ohne Hinzuziehung der Presbiteren vorgenommen werden sollte, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verband deutscher Zimmerleute, Lokalverband Berlin, hielt am 2. März c. eine Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung von Selbstvergnügen. 2. Vortrag des Herrn Schweizer über: „Nationalrechtlich und Nationalarmuth“. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt verlas der Kassierer des Vergnügungs-Komitees die Abrechnung. Derselbe ergab eine Einnahme von 217,69 M. und eine Ausgabe von 167,77 M., mithin einen Ueberschuß von 49,92 M. Sie wurde für richtig anerkannt und dem Kassierer Decharge ertheilt. Darauf hielt Genosse Schweizer seinen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Im „Verschiedenem“ entpanden sich eine längere Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung, welche aber wegen der großen Anzahl der Anträge und wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt werden konnte. Von Kamerad Weß war ein Antrag gestellt, bei Kamerad Fipke, Grüner Weg 14 und bei Hilgenfeld, Vergstraße 60, eine Arbeitsvermittlung für Zimmerleute zu errichten. Der Vorstand hat dafür Sorge zu tragen, daß Sonntag von 10 bis 12 Uhr Vormittags und Mittwoch Abends von 8 bis 10 Uhr eine Person anwesend ist, welche den arbeitslosen Kameraden Auskunft ertheilt, wo und wann angeheilt wird. Die anwesenden Kameraden verpflichten sich, sobald sie in Erfahrung bringen, daß ein Arbeitgeber einstellen wird oder muß, den angeheilen Stellen Nachricht zu geben. Der Vorstand hat dies in den Arbeiterblättern bekannt zu machen. Der Antrag wurde angenommen. Es waren noch mehrere Fragen eingegangen. Dieselben wurden aber wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt, sondern zur nächsten Versammlung zurückgelegt.

Eine gut besuchte Versammlung der polnischen Sozialisten Berlins tagte am 4. d. M. unter dem Vorsitz des Genossen Motowski. Genosse Kurovski hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Arbeiter-Frage von J. Lassalle“. Er erntete reichen Beifall. In der Diskussion, welche eine rege war, sprachen sich alle im Sinne des Referenten aus. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beantragte der Vorsitzende, der Märzgefallenen im Friedrichs-Hain zu gedenken und einen Kranz auf die Grabstätte am 18. März niederzulegen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde vom Genossen Tomaszewski beantragt, einen Berichterstatter für den „Vormarsch“ zu ernennen. Er empfahl als solchen den Genossen Jozefski. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Nach dem eine Kommission zum Ausuchen eines vorstehenden Lokals für die Bibliothek gewählt worden, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

### Zehlendorf.

Eine zahlreich besuchte Volksversammlung für Männer und Frauen fand am Sonntag Nachmittag in Rigners Höhe statt, zu welcher Herr Abgeordneter Wilhelm Schmidt das Referat übernommen hatte. Der Referent gab in etwa 1 1/2 stündigem Vortrage ein klares Bild von der sozialdemokratischen Bewegung in der deutschen Arbeiterschaft. Er schilderte die Ursachen und Wirkungen des Auftretens Lassalle's, die Beziehungen zur Fortschrittspartei, das Entstehen und die Wirkung des Sozialistengesetzes, die ungeheure Ueberspannung unseres Programmes, wie sie sich in den Ausdrücken „Theilen“ und „Weibergemeinschaft“ zeigt und erläuterte die vom Parteitag in Halle vorgeschlagene und angenommene Reorganisation der Partei. Hieraus und mit Bezug auf das Gesagte wies Referent die Nothwendigkeit der Ausbildung der Arbeiter nach, zeigte, wie die Frauen in jeder Beziehung das gleiche Recht wie die Männer zu beanspruchen haben, sich also auch in demselben Maße an den Bildungsbestrebungen der Männer zu betheiligen hätten. Da den Frauen eine Mitgliedschaft an Arbeitervereinen nicht gestattet sei, so müsse die Ausflücht in öffentlichen Versammlungen, und durch die Presse und andere Leitlinie gefördert werden. Redner empfahl hierauf das neu begründete Organ: „Volkblatt für Zeltow, Weeslow, Charlottenburg u. s. w.“ einer recht regen Lektüre und darauf den Genossen die Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins, lebhafter Beifall folgte diesem Vortrage.

Da sich Wegner nicht zum Worte meldeten, wird von einer Diskussion Abstand genommen, und es findet folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute auf Rigners Höhe tagende öffentliche Volksversammlung für Zehlendorf und Umgegend schließt sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz an. Derselbe beschließt, dahin zu streben, daß der Wahlkreis Zeltow-Weeslow-Storkow im Jahre 1895 im ersten Sturm erobert wird; denn nur durch die Vertreter der Arbeiterpartei ist eine Besserung unserer Lage möglich. Wir verpflichten uns nach allen zu Gebote stehenden geschlichen Bestimmungen tüchtig zu agitieren, um den Unversand der großen Masse zu bekämpfen, hauptsächlich durch die Wissenschaft. Unser Wahlpruch sei: Macht ist Wissen, Wissen ist Macht!“

Dem dritten Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Vertrauensmannes“, wird der Genosse Emil Hartmann, Zehlendorf, Rönigter 20, per Klamation gewählt. Es wird schließlich die Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins für Zehlendorf und Umgegend gut geheißenen und eine Kommission von 7 Mitgliedern zur Ausarbeitung der Statuten gewählt.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Charakteristisch ist es, daß man einigen Genossen die in ihrem Privatbesitz befindlichen Liederbücher konfiszierte und die aus einer nach Schluß der Versammlung vorgenommenen „amerikanischen“ Aktion herrührenden Gelder beschlagnahmte wollte. Die Zerstückelung wurde auch nicht gestattet.

Folgende Erklärung geht uns von Herrn G. Bichel, dem Brauführer des Münchener Brauhauses, zu: „Ich habe nicht zu dem Kollegen Mikur des Herrn Wehl am dritten Tage seiner Krankheit gesagt, daß die Stellung bereits anderweitig besetzt sei, sondern habe im Gegentheil, als Wehl bereits vier Wochen krank war, den betreffenden Mikur aufgefordert, den Kranken zu besuchen und ihm mitzutheilen, daß seine Stelle noch offen sei. Daß Mikur dies nicht gethan hat, ist nicht meine Schuld, ich kann aber meine Behauptung durch viele Zeugen beweisen, und wird dadurch die Aussage des Mikur als unrichtig erwiesen. In



## Versammlungen.

### Die Konferenz der Bauhandwerker

trat am 8. d. M. zu ihrer zweiten Versammlung zusammen. Die Leitung der Delegiertenversammlung wurde dem vorigen Bureau übertragen, welches beauftragt worden war, die Beschlüsse der einzelnen Gewerkschaften zu sammeln und der zweiten Konferenz vorzuführen. Material ist an die Kommission nicht eingegangen, und Thierme (Töpfer) berichtete nach den erschienenen Zeitungsberichten. Beteiligt waren folgende Baugewerke durch Delegierte: Maurer 2, Zimmerer 4, Holzarbeiter 1, Töpfer 2, Maler 3, Stuckateure 2, Dachdecker 1, Tapezierer 2, Püher 1, Steinmehrer 1, Glaser 1, Steinträger beim Bau-Arbeiter 3, Marmor-schleifer 1, Schlosser 1, Steinbildhauer 1, Ein-seher 1. Der Vorsitzende Thierme (Töpfer) gab bekannt, daß die Bau-Arbeiter keine bindende Stellung angenommen haben. Die Töpfer, Maurer, Stuckateure stehen auf dem Boden der Resolution. Die Maler beantragen Abänderungen. Thierme war der Meinung, daß alle Delegierte, die nicht voll auf dem Boden der Resolution stehen, nur eine beratende, nicht aber beschließende Stimme haben sollen, doch wäre Jeder berechtigt, Abänderungs-Anträge zu stellen.

Schönberg (Einseher) befandets, daß seine Gewerkschaft die Stellungnahme zur Resolution verlagert habe, daß er aber auf dem Boden derselben stehe und für dieselbe wirke. Abänderungs-Anträge waren gestellt von der Gewerkschaft der Maler, und zwar waren dies die umfangreichsten, sowie der Stuckateure.

Schönberg beantragte eine Spezialdiskussion der vorliegenden Resolution. Die Versammlung beschloß demgemäß. Bernau war gleichfalls der Ansicht, daß diejenigen Gewerkschaften, die sich zur Resolution ablehnend verhalten haben, kein Stimmrecht über dieselbe haben können.

Fettkenauer (Töpfer) war entgegenge-setzter Ansicht. Den Paffus über die Resolution beantragte die Maler zu streichen. Diefen Antrag schlossen sich die Delegierten Radwiz (Dachdecker), Fettkenauer (Töpfer), Dohlewegler (Maler), Schwaiger (Maler), um eine haushälterische Einigkeit unter den Berliner Bauhandwerkern zu erzielen, an.

Dagegen sprachen Bernau und Großmann (Maurer), Schulz (Stuckateur), Schönberg (Einseher), Lehmann (Zimmerer), Freiwald (Tapezierer) und Thierme (Töpfer). Bernau beantragte hierauf nur Streichung der Worte in Paffus I:

„Jede Gewerkschaft der Berliner Bauhandwerker hat selbständig zu beschließen, was sie für sich als das Beste findet.“

Der der Abstimmung wurde der Abstimmungsmodus dahin geregelt, daß nach Stimmenzahl abgemittelt werden solle. Paffus I: „In Bezug auf Organisation“ wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Schlosser und Einseher enthielten sich der Abstimmung. Die Zimmerer stimmten getheilt.

Paffus II: „In Bezug auf Agitation“ wurde angenommen mit der Abänderung, welche die Maler beantragten, statt „weniger kultivierten Provinzen“ zu setzen „weniger organisierten Provinzen.“

In Paffus III: „Streikunterstützung“ beantragten die Maler folgenden Zusatz: „Das Sammeln auf Listen zwecks Streikunterstützung ist unzulässig. Jede Gewerkschaft hat das Streikunterstützen einzuführen und sind hieraus die erforderlichen Unterstühtungen zu bewilligen.“

Lehmann (Zimmerer) beantragte ferner, daß Listen von außerhalb fernher nicht berücksichtigt werden. Paffus III mit beiden Amendements wurde einstimmig angenommen.

In Paffus IV: „Bestrebungen für Berlin“ lagen Abänderungsanträge seitens der Maler und Stuckateure vor. In Absatz a beantragten die Stuckateure folgenden Zusatz:

„Die Bauhandwerker fordern hiermit alle Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins auf, sie in vorgenannten Bestrebungen zu unterstützen.“

Die Maler beantragten (außer Winkler) die Streichung der Worte: „Aus städtischen Mitteln“ (Arbeitsbörse betreffend), dafür beantragte Dohlewegler (Maler) den Zusatz: „Die sozialdemokratischen Stadtverordneten sollen in der Stadtverordneten-Versammlung darauf hinwirken, daß die Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln unterstüht wird.“

Absatz a wurde im Wortlaut der Resolution mit dem Zusatz der Stuckateure unter Ablehnung der Anträge der Maler mit Stimmenmehrheit angenommen.

Absatz b gelangte ohne Debatte einstimmig zur Annahme.

Absatz c beantragten die Maler zu streichen. Derselbe gelangte bei der Abstimmung zur Annahme.

Genaß Absatz d.

In Absatz e beantragten die Bau-Arbeiter Streichung des Wortes „Bauhandwerker“ und Ersatz desselben durch „Bau-Arbeiter“.

Ferner wurde beantragt, hinter „die Lohnforderung“ einzuschließen „und die weitere Verkürzung der Arbeitszeit“ wird zc.

Absatz e wurde mit diesen Abänderungen angenommen.

Paffus V beantragten die Maler zu streichen bezw. demselben folgende Fassung zu geben:

„Zur Ausführung dieses Beschlusses hat jede Bauhandwerker-Gewerkschaft einen Vertrauensmann zu wählen.“

Das Mandat des Vertrauensmannes ist unbeschränkt. Jeder Vertrauensmann ist in Bezug auf die gefassten Beschlüsse souverän und hat demgemäß das Recht, die Vertrauensmänner zwecks Besprechung von Fragen, welche sich mit den Beschlüssen beden, jederzeit einzuladen.

Jede Gewerkschaft ist selbständig und unterliegt keinen Beschränkungen betrefss Agitation, Unterstühtungen, Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen und Arbeitseinstellungen. Der Vertrauensmann hat die Pflicht, Versammlungen seines Gewerkes einzuberufen, um die gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.

Kombinierte Gewerkschafts-Versammlungen einzelner oder sämtlicher Bauhandwerker können keine bindenden Beschlüsse fassen. In diesen kombinierten Versammlungen findet nur allgemeine Generaldiskussion über gefasste Fragen statt.“

Ueber Paffus V fand zunächst eine lebhafteste Generaldiskussion statt.

Nach Schluß derselben wurde der Antrag der Maler mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt und trat die Versammlung nunmehr in die Spezialdiskussion des Paffus V der Resolution ein (die Stimmzettel stimmten getheilt).

Folgende Abänderungsanträge wurden beschloffen: Absatz 5 hat „einen“ Delegierten „drei“.

Absatz 7 wird gestrichen und dafür gesetzt:

„Auswählende Mitglieder werden in öffentlicher Versammlung der Bau-Arbeiter ergänzt.“

Im Paffus „der Ausschuss ist berechtigt“ werden in Absatz 8 die Worte: „und gesetzlicher“ gestrichen.

Im Uebrigen wurde der Paffus V nach dem Wortlaut der Vorlage (Resolution) angenommen.

Paffus VI wurde unverändert angenommen. Auf Wunsch der Bau-Arbeiter tritt überall das Wort „Bau-Arbeiter“ an die Stelle des Wortes „Bauhandwerker“.

Die Wahl der Gewerkschaften zum Ausschuss wurde vertagt. Das Bureau bleibt bis dahin in Funktion.

Die Resolution lautet nunmehr nach den Beschlüssen der Konferenz wie folgt:

Die Konferenz der Delegierten der Bau-Arbeiter beschloßt: I. In Bezug auf Agitation.

Da besonders die Bau-Arbeiter in Berlin unter dem Joch der unbedingten Notwendigkeit, die keinen Orte vorzugewisse auszuüben. Es soll deshalb mit allen für Berlin verfügbar zu machenden Mitteln eine Agitation eingeleitet werden, die sich auf die Orte und Provinzen erstreckt, aus welchen besonders der Zugang nach Berlin kommt. Streiks in diesen Orten zur Verbesserung der dortigen Lohnverhältnisse sollen von den Berliner Bau-Arbeitern in erster Linie nach Kräften unterstüht werden.

II. Streikunterstützung.

Mit Bezug auf die vorstehende Resolution, daß in erster Linie die Ausstände in solchen Orten unterstüht werden, welche die niedrigen Arbeitsbedingungen haben, erklären die Berliner Bau-Arbeiter sich mit allen deutschen Arbeitern solidarisch und werden alle Ausstände wie bisher nach Kräften unterstühten, so lange und soweit die Notwendigkeit erweisen ist und die Mittel ausreichen. Das Sammeln auf Listen zwecks Streikunterstützung ist unzulässig. Jede Gewerkschaft hat das Streikunterstützen einzuführen und sind hieraus die erforderlichen Unterstühtungen zu bewilligen. Listen von außerhalb bleiben gleichfalls unberücksichtigt.

III. Bestrebungen für Berlin.

Es ist mit allen Kräften eine Einigung und ein Einverständnis unter allen Berliner Bau-Arbeitern anzubahnen, damit dieselben befähigt werden, ihnen allen gemeinsamen Angelegenheiten mit dem gehörigen Nachdruck zu vertreten. Als solche gemeinsame Angelegenheiten gelten:

a) Regelung des Arbeitsnachweises durch Errichtung einer Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln, welche die Arbeiter bewahren soll vor unnützen, zeitraubenden Kaufereien und Ausgaben für Anzeige und Kommissionäre. Die Bau-Arbeiter fordern hiermit alle Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins auf, sie in diesem Bestreben zu unterstützen.

b) Abschaffung gesundheits-schädlicher Arbeitsarten, des Gebrauchs von offenem Knochenteer in Räumen, in welchen Bau-Arbeiter beschäftigt sind; der Arbeit für die beim inneren Ausbau beschäftigten Handwerker und Arbeiter in Räumen ohne Fenster-Verstühtung in der kalten Jahreszeit; Beschaffung von Saubuden, den Vorschriften der Sittlichkeit und Gesundheit entsprechend; Abtrittsanlagen für die Arbeiter während der Sonntage und aller solcher Vorrichtungen und Einrichtungen, wodurch Gesundheit und Leben des Arbeiters geschützt wird.

c) Regelung von Lohn und Arbeitszeit auf städtischen Bauten. Einführung des Regiebaues statt des Unternehmerbaues bei allen Arbeiten, die diese Einrichtung irgend zulassen; Annahme und Ausführung der in Tagelohn beschäftigten Bau-Arbeiter bei städtischen und staatlichen Bauten durch die Bauverwaltung selbst, nicht aber durch Zwischenbau-Unternehmer, welche die Arbeiter ausnützen und einen Teil des Lohnes derselben in ihre Tasche stecken.

d) Beseitigung der Akkordarbeit in jeder Form und in allen Gewerben.

e) Gegenseitige Unterstühtung der Bau-Arbeiter in Kämpfen für Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Als zu erstrebende Arbeitszeit für alle Bau-Arbeiter wird vorläufig die neunstündige Arbeitszeit festgehalten.

Die Lohnforderung und die weitere Verkürzung der Arbeitszeit wird den einzelnen Gewerkschaften selbst überlassen.

IV. Ausführung dieses Beschlusses.

Zur Ausführung dieses Beschlusses wird ein Ausführungsausschuss aus sieben Personen bestehend, eingeseht. Die Mitglieder dieses Ausschusses haben die Vollmacht, in den Grenzen des oben gefassten Beschlusses alles zu thun, was ihnen erforderlich erscheint. Sie sind verantwortlich den allgemeinen Bauhandwerker-Versammlungen, die sie so oft als möglich und erforderlich, mindestens aber vierteljährlich einmal, einzuberufen haben.

In diesen Versammlungen haben die Angehörigen aller solcher im Baugewerbe thätigen Gewerkschaften Zutritt, die diesen Beschlüssen in öffentlichen Gewerkschaften ohne weiteren Zusatz oder Bedingungen angenommen haben. Eine Auflösung des Ausführungsausschusses kann nur durch Beschluß aller Gewerkschaften erfolgen, die ihn eingeseht oder nachträglich anerkannt haben.

Das Mandat des Ausführungsausschusses lautet auf ein Jahr, wenn es ihm nicht durch eine öffentliche Versammlung aller Bauhandwerker, die den Ausschuss anerkannt haben, verlängert wird.

Mit Ablauf des Jahres hat der Ausführungsausschuss eine neue Delegierten-Konferenz einzuberufen, zu welcher jede Gewerkschaft, die den Ausschuss und diesen Beschlüssen anerkannt hat, drei Delegierte entsendet. Diese Delegierten setzen den neuen Ausschuss ein. Die abtretenden Mitglieder sind wieder wählbar.

In der Wahl zum Ausführungsausschuss zu wählender Personen tritt keine Beschränkung irgend einer Art ein. Auswählende Mitglieder werden in einer öffentlichen Versammlung der Bau-Arbeiter erstet.

Der Ausschuss ist berechtigt

1. öffentliche Versammlungen sämtlicher Bauhandwerker oder einzelner Gruppen von Bauhandwerkern zu berufen;
2. die Einberufung von Versammlungen der einzelnen Gewerkschaften zu veranlassen;
3. Sammlungen von Geldern in geeigneter Form zu veranlassen;
4. über die so gesammelten Gelder zu verfügen zu den Zwecken, für die er eingeseht ist. Besonders darf er darüber verfügen zu mündlicher und schriftlicher Agitation, zur Verbindung von Flugblättern und anderen Druckschriften, zur Veranstaltung von Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen und zur Streikunterstützung.

Die Rechnungslegung erfolgt vierteljährlich öffentlich in öffentlichen Bauhandwerker-Versammlungen, die dann Revisoren zur Prüfung der Abrechnung zu ernennen haben.

Wenn eine Gruppe Bauhandwerker Berlins in einen Ausstand eintreten will, so hat sie diese Absicht dem Ausführungsausschuss anzuzeigen. Derselbe hat seinen Rath zu ertheilen, inwiefern eine öffentliche Versammlung in der Sache zu berufen und dann, wenn der Ausstand geuligt wird, Alles zu thun, was in seinen Kräften steht, um das Gelingen des Ausstandes zu erreichen. Er ist zur Einleitung schiedsrichterlicher Vergleichsverhandlungen berechtigt und verpflichtet.

Diese Beschlüsse werden vom gewählten Ausführungsausschuss in geeigneter Art unter die Bauhandwerker Berlins verbreitet. Derselbe hat dabei die Gewerkschaften und Arbeitergruppen aufzufordern, sich mit diesen Beschlüssen in öffentlichen Versammlungen einverstanden zu erklären.

Mit Vereinen irgend welcher Art tritt der Ausschuss in keinerlei Verbindung, weder durch Schriftwechsel noch durch Personenverkehr, weder in Berlin, noch nach außerhalb.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Buchdruckergehilfen

der Provinz Brandenburg — der Brandenburger Tag — fand am Sonntag, den 8. März, im Feen-Palast statt. Die über 2000 Personen zählende Versammlung war auch von etwa 400 bis 500 auswärtigen Buchdruckergehilfen besucht. Nachdem durch den Berliner Vereins-Vorsitzenden Schmitt die Versammlung mit einer kurzen Ansprache begrüßt war, wurde das gemeinschaftliche Mittagmahl eingenommen, das die Vorträge des Gesangsvereins „Typographia“ und des „Gutenberg-Gesangsvereins“ verschönerten.

Nach 1 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und zunächst dem Kollegen Böllin das Wort zum ersten Punkt der Tages-Ordnung: Die Ziele des Unterstühtungsvereins ertheilt. Kollege Böllin führte aus:

Schon seit langer Zeit herrscht in unserem Gewerbe seitens der Gehilfenschaft das Bestreben vor, Verhältnisse zu schaffen, die der Buchdrucker würdig sind, und bei der Verwirklichung dieses Bestrebens haben die Kollegen kein Opfer gespart und stets unentwegt zur Fahne der Solidarität geschworen. Seit dem beinahe 25-jährigen Bestehen unserer Organisation haben wir durch einmütiges Zusammengehen schon jetzt wenigstens annähernd befriedigende Verhältnisse geschaffen und besonders infolge der Tarifvereinbarung einen immerhin einigermaßen annehmbaren Lohnsatz erzielt. Unser Bund muß aber noch weitergehen und um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen, vor allem danach streben, daß der immer weitere Ausdehnung gewinnenden Beherrschungszüchterei werden heute geschaffen, die von dem Buchdruckergerwerbe in der Regel nur wenig verstehen und unter deren Last die ganze Gehilfenschaft zu leiden hat. Eine von dem Unterstühtungsverein angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit wird aber gleichzeitig eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben, die gerade in unserem Gewerbe eine enorme ist. Soweit der Unterstühtungsverein eine Kontrolle ausüben konnte, giebt es im Buchdruckergerwerbe jährlich 247 249 konditionslose Tage gleich 35 321 konditionslosen Wochen gleich 680 permanent konditionslosen Kollegen. Das muß aufhören, dahin geht das Streben unserer Organisation. Damit dieses Streben aber verwirklicht werden kann, muß die Gehilfenschaft vor allen Dingen darauf bedacht sein, die Organisation numerisch und pekuniär zu kräftigen. 5 000 000 M. hat der Verein bereits für Unterstühtung aufgebracht, und gegenwärtig zählt der Bestand sämtlicher Kassen des Vereins 2 000 000 M. (Beifall).

In Punkt 2 der Tagesordnung: Verkürzung der Arbeitszeit im Buchdruckergerwerbe und die Halle'schen Beschlüsse führte Kollege Böllin aus:

Nachdem sich in früherer Zeit der Arbeiter allen Maßregeln der Arbeitgeber zur Verkürzung der Arbeitszeit widrig gefügt hatte, wenn er nur einer Lohnvermehrung dadurch vorbeugen konnte, und nachdem er dann die Erfahrung gemacht hatte, daß er es trotz der immer länger und länger werdenden Arbeitszeit zu nichts brachte, daß im Gegentheile seine Lage immer trauriger wurde, daß er sogar dem Siechtum verfiel, dämmerte endlich der Gedanke in ihm, daß all diese Uebelstände wohl darin wurzeln, daß man zu lange arbeite. Aus dieser Erkenntnis ist die Forderung einer verkürzten Arbeitszeit bei bleibendem Lohn entstanden, und speziell für das Buchdruckergerwerbe auf dem Halle'schen Kongress dahin formuliert worden, daß vom 1. Januar 1892 ab alle Buchdrucker nur noch 9 Stunden täglich zu arbeiten haben. In Leipzig hatten die Kollegen dieses schon im Jahre 1889 beantragt, und drei Jahre später sprach sich die Mehrzahl der deutschen Städte dahin aus, daß eine 9 stündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Jetzt fordern wir aber eine für alle Buchdrucker allgemeine Arbeitszeit von 9 Stunden, und in der Hand der Prinzipale liegt es, ob wir unser Ziel auf friedlichem Wege oder durch einen Kampf erreichen sollen. Erreichen werden wir das Ziel ganz gewiß, wenn alle Kollegen einig sind, wenn sie am Tage der Entscheidung Mann für Mann zusammenstehen und kämpfen. Sollten wir also wirklich in den Kampf eintreten müssen, so werden wir ganz gewiß den Sieg nicht nur erringen, sondern auch behaupten. (Beifall.)

Bevor man in die Diskussion eintrat, verließ der Vorsitzende zahlreiche Telegramme, welche an den Brandenburger Tag gerichtet waren und in trefflichen Worten und Versen der Versammlung ihr Interesse an den Verhandlungen aussprachen. Es waren Telegramme eingelaufen aus Dresden, München, Stuttgart, Halle a. S., Krefeld, Mainz, Hamburg, Leipzig, Würzburg, Chemnitz und Augsburg.

In der Diskussion sprach zunächst der Buchdruckerbesitzer Herr Mäher aus Berlin und legte es den Buchdruckergehilfen eindringlich ans Herz, sie möchten sich ihre Forderung erst reichlich überlegen, ehe sie zur Verwirklichung derselben schritten. Die Kollegen Both-Stettin, Buchholz-Stettin, Kausch-Charlottenburg, Leinbach-Brandenburg, Albert-Schmidt-Randberg a. M., Müller-Neuruppin, Schröder-Potsdam, Sonnenburg-Friedrichshagen, Seila-Spanbau, Lohjahn-Langwisch und Giesler-Prizig sprachen sämtlich im Sinne der beiden Referenten und betonten wiederholt, daß der „Brandenburger Tag“ nicht etwa auf Anregung der Berliner einberufen sei, sondern daß die Anregung hierzu zuerst in der Provinz selbst gegeben sei, weil sich gerade in der Provinz der Wunsch geltend gemacht habe, die Stellung der Buchdruckergehilfen zu den auf der Tagesordnung stehenden Punkten kennen zu lernen.

Folgende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme:

Die am 8. März 1891 im Feenpalast tagende Zusammenkunft der brandenburgischen Buchdrucker beschloßt in Anbetracht:

1. der infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit, deren Uebelstand durch die in Maßlose sich steigende Beherrschungszüchterei für die Gehilfenschaft Deutschlands unerträglich geworden ist; in Anbetracht
2. der durch die fortschreitende Technik im Buchdruckergerwerbe in überproben Maße Inanspruchnahme der physischen Kraft des Einzelnen und des daraus resultierenden hohen Krankenstandes

mit allen Mitteln für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu wirken und zur Durchföhrung zu bringen, da die- selbe allein nur im Stande ist, die sanitäre und materielle Lage der Gehilfen zu verbessern.

Ferner spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß

der durch die fortschreitende Technik im Buchdruckergerwerbe in überproben Maße Inanspruchnahme der physischen Kraft des Einzelnen und des daraus resultierenden hohen Krankenstandes

mit allen Mitteln für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu wirken und zur Durchföhrung zu bringen, da die- selbe allein nur im Stande ist, die sanitäre und materielle Lage der Gehilfen zu verbessern.

Ferner spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß

der durch die fortschreitende Technik im Buchdruckergerwerbe in überproben Maße Inanspruchnahme der physischen Kraft des Einzelnen und des daraus resultierenden hohen Krankenstandes

mit allen Mitteln für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu wirken und zur Durchföhrung zu bringen, da die- selbe allein nur im Stande ist, die sanitäre und materielle Lage der Gehilfen zu verbessern.

Ferner spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß

der durch die fortschreitende Technik im Buchdruckergerwerbe in überproben Maße Inanspruchnahme der physischen Kraft des Einzelnen und des daraus resultierenden hohen Krankenstandes

mit allen Mitteln für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu wirken und zur Durchföhrung zu bringen, da die- selbe allein nur im Stande ist, die sanitäre und materielle Lage der Gehilfen zu verbessern.

Ferner spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß

Die Gefiltschaft bei der Prinzipalität ein den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragendes Entgegenkommen finden wird.

Darauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen, begeistert angebrachten Hoch auf die Erreichung des Neunhundert-Tages geschlossen.

Die anwesenden Gäste sowohl wie hiesigen Gefiltsen blieben noch eine Weile zusammen. Für Unterhaltung sorgten die Gesangsvereine, von denen unter anderen Liedern auch die „Arbeiter-Marschälle“ gesungen wurde. Den Schluß des „Brandenburger Tages“ machte ein in Bränning's Festhale am Alexanderplatz abgehaltener Abschiedskommers.

### Eine Volksversammlung

für den 1. Wahlkreis fand am 7. März unter dem Vorsitz des Genossen Tatorow statt, um zu der Kaiserer Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hatte der Genosse Tatorow übernommen.

Am Schlusse seiner Ausführungen machte derselbe den Vorschlag, die Genossen möchten gemäß dem von der Fraktion gemachten Vorschläge handeln und am 1. Mai die Arbeit nicht ruhen lassen. Man möge den Gewerkschaften überlassen, am 1. Mai des Abends Versammlungen abzuhalten, um dort die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zu diskutieren. Redner macht weiter den Vorschlag, die Genossen des 1. Wahlkreises sollten gemeinsam mit denen des 2. Wahlkreises am 3. Mai (Sonntag) ein Vergnügen auf der Berliner Volkbrauerei abhalten. An einen Auszug der gesamten Berliner Genossen könne man um verschiedener Hindernisse willen nicht denken. Durch Beschluß der Versammlung wurden die von Tatorow gemachten Vorschläge als maßgebend für das Verhalten der Genossen des 1. Wahlkreises zur Kaiserer angenommen. Zur Ausführung des Beschlusses wurden die Genossen Felgentreff, Petermann und Herbst gewählt. Zum Mitgliede der Berliner Lokalkommission wurde als Vertreter des 1. Wahlkreises der Genosse Wladerny gewählt und dann die Versammlung geschlossen.

### 3. Wahlkreis.

Eine Versammlung des Wahlkreises des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises fand am Dienstag, den 3. März 1891, unter Leitung des Genossen Schweiger statt. Als Genosse Wilhelm Berner zum ersten Punkt der Tagesordnung den Vortrag beginnen wollte, lies vom Genossen Kröner ein Antrag ein, den Referenten nicht sprechen zu lassen, der Antrag wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Nunmehr begann Wilh. Berner seinen Vortrag, welcher die heutige Wirtschaftskrise und die Irrlehren des Abgeordneten Eugen Richter behandelte. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall, und der Vortrag wurde in der Diskussion noch von Genossen Apelt, Gröndel und Schernid ergänzt.

Es erfolgte sodann der Bericht des Genossen Gröndel über die stattgehabte Erziehung im 21. Kommunal-Wahlbezirk die Einnahme betrug 169,35, die Ausgabe betrug 145,50 M., bleibt ein Mehr von 23,85 M.

Ein Antrag, welcher verlangte, daß beim Genossen B r n e r, Ritterstr. 108, noch eine Zahlstelle des Vereins eingerichtet werde, wurde einstimmig angenommen. Es ist dies nunmehr die fünfte Zahlstelle, die zur Bequemlichkeit der Mitglieder eingerichtet worden ist. Die anderen Zahlstellen sind folgende:

1. Gröndel, Dresdenerstraße 116.
2. Schweiger, Dresdenerstraße 52-53 (City).
3. Gimecke, Köpckestraße 180.
4. Schönicke, Wasserstraße 20.

Auch wurde zur Sprache gebracht, daß noch Mitglieder, welche sich einzeln nicht abmelden ließen, aber noch nicht ihre Bücher abgeholt haben, dieses in der nächsten Versammlung, welche vorher bekannt gemacht wird, zu thun hätten.

Der Vorsitzende, Genosse Schweiger, kam zum Schluß auf den Antrag Kröner, Berner nicht referieren zu lassen, nochmals zurück. Er bemerkte dabei, daß der dritte Wahlkreis einseitig unter den Genossen wüchse und daß derselbe deshalb gerade den Genossen Berner zu einem Vortrag veranlaßt hat. Wenn sich nun viele Genossen, welche in seinem Schluswort der letzten Versammlung näher bezeichnet habe, veranlaßt sehen, dem Wahlverein trotzdem fern zu bleiben, so sei das sehr bedauerlich. Der Sache muß gemeinsam gebüht werden, und Personenfragen müssen uns vollständig fern stehen. Durch die Anregung, Berner referieren zu lassen, hat sich der Verein auch nach dieser Richtung hin bemüht, immer mehr für den Zusammenschluß sämtlicher Genossen des 3. Reichstags-Wahlkreises einzutreten und zu agitieren. Diese Ausführungen wurden lebhaft applaudiert. Mit einem stürmischen Hoch auf die Einigkeit der Partei schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### V. Wahlkreis.

Die Volksversammlung für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am Freitag Abend bei vollbesetzter Saale in der Brauerei Köpenick unter Leitung des Genossen Berndt statt. Den Vortrag des Abends hatte Genosse Auerbach übernommen. Er sprach über das Thema: „Die politische Lage“. Er hob einleitend hervor, daß von gegnerischer Seite das immense Wachstum der Sozialdemokratie immer auf das dieselbe unterdrücken sollende Sozialistengesetz zurückgeführt worden sei. Redner wies nach, daß auch nach dem Falle des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie nach wie vor ihren Siegeslauf nehme. Redner ging sodann eingehend auf die inneren politischen Verhältnisse ein, in faktischer Weise die neueren und neuesten Ereignisse in der politischen Kampfbühne besprechend und die politische Lage erörternd. Der Vortrag erlitt eine längere Unterbrechung dadurch, daß aus dem Saale Tische entfernt werden mußten, um den „ausgesperrten“ Genossen Platz und Eingang in das polizeilich gesperrte Lokal zu verschaffen. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages beleuchtete der Vortragende die einzelnen politischen Parteien, die allseitigen Bestrebungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Steuerreform, das Volksschulgesetz, die Jesuitenfrage, die Arbeiterschutzgesetzgebung, den Militärretat und Unteroffiziersprämiën und die Stellung der Sozialdemokratie zu allem diesem, kritisierte auch das Gebiet der äußeren Politik, die neuesten Ereignisse in Frankreich, den Dreiwund u. s. w., und folgerte, daß die gesamten bestehenden Klassen der Sozialdemokratie gewappnet gegenüberstehen, welche sich allein zu stützen hat auf die Massen des Volkes. Redner folgerte weiter, daß das Proletariat, um der Sozialdemokratie den endlichen Sieg zu sichern, sich nicht nur gemeinschaftlich zu organisieren, sondern auch das Hauptaugenmerk auf den politischen Kampf zu richten habe und erstere am Schlusse seines umfangreichen Vortrages den reichsten Beifall. Zur einstimmigen Annahme gelangten ohne Diskussion folgende Resolutionen:

1. Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Auerbach einverstanden. Sie erklärt von Neuem ihre Unversöhnlichkeit mit dem heutigen kapitalistischen Staate; sie erklärt, daß die heutigen Bestrebungen der gesetzgebenden Körperschaften für Befreiung der Lage der arbeitenden Klassen nur im Interesse der Besitzenden Werth haben. Die Volksversammlung erklärt ferner — diesen Bestrebungen zum Troz — nach wie vor einzig und allein für die Sozialdemokratie in Wort und Schrift einzutreten.

2. Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, für die immer weitere Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen zu agitieren.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zur Kaiserer. Der von der Fraktion gemachte Vorschlag, die Kaiserer am 3. Mai zu begehen, fand in der Versammlung wenig Sympathie, und es sprach sich eine ganze Reihe von Rednern dagegen aus, besonders gegen den Vorschlag, die Kaiserer auch in Zukunft in der gedachten Weise zu

begehen. Wenn auch von einem Ruhetag am 1. Mai in diesem Jahre abgesehen wurde, so wurde doch nach längerem Meinungs-austausche beschloffen, am 1. Mai Abends eine Volksversammlung zu veranstalten und am 3. Mai einen Auszug zu machen. Die Volksversammlung protestiert energisch dagegen, daß ein für alle Mal der erste Sonntag im Mai als Arbeiter-Feiertag ange-seht wird.

Hierauf erfolgte Schluß der Volksversammlung mit einem dreifachen Hoch auf die revolutionäre internationale Sozialdemokratie.

### Maler.

Eine öffentliche Versammlung der Maler und verwandten Berufsgeoffen fand am 3. März statt, um einen Bericht des Herrn Hohlwegler über die Bauhandwerker-Konferenz zu hören und zu der derselben vorgelegenen Resolution Stellung zu nehmen. Hohlwegler unterwarf die einzelnen Punkte der Resolution einer Kritik, wobei er in scharfer Weise sich gegen den 1. Punkt der Resolution, betreffend die Organisation, wandte. Ebenso wie diesen Punkt verwarf er den 5. und 6. der Resolution, welche beide sich mit der Ausführung des event. Beschlusses und den Funktionen des damit zu betrauernden Ausschusses beschäftigten. Redner stellt einige Änderungsanträge zu der Resolution. Er spricht sich für eine Annäherung der verschiedenen Bauhandwerker-Branchen in der Weise aus, daß man gemeinsam empfundene Verhältnisse gemeinsam zu beseitigen strebe, wendet sich aber gegen das Projekt einer Berliner Bauhandwerker-Union. Jede Branche möge erst für eine gute, sich über ganz Deutschland erstreckende Organisation innerhalb ihrer selbst sorgen. Zu diesem Punkt der Tagesordnung sprechen noch die Herren Schweiger, Pappen, Rinke, Schulz, Heide-mann, Link und Jablonski. Alle Redner erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten in Betreff der Resolution einverstanden. Folgende Änderungs-Anträge zur Resolution wurden angenommen, nachdem der erste, sowie der fünfte und sechste Punkt derselben von der Versammlung verworfen worden: „Im dritten Theil, die Streikunterstützung betr., ist aufzunehmen: Das Sammeln auf Eisen ist ungewöhnlich. Es ist das Marxensystem einzuführen.“ Im vierten Theil, (Bestrebungen für Berlin) ist „aus städtischen Mitteln“ (bei Errichtung einer Arbeitsbüchse) zu streichen.“ Betreffend die Ausführung des Beschlusses ist folgendes in die Resolution aufzunehmen:

„Zur Ausführung des Beschlusses hat jede Bauhandwerker-Gewerkschaft einen Vertrauensmann zu wählen. Das Mandat dieses ist ein unbefristetes. Jeder Vertrauensmann ist in Bezug auf die gefassten Beschlüsse souverän und hat demgemäß das Recht, die Vertrauensmänner jeweils Besprechung von Fragen, welche sich mit den gefassten Beschlüssen decken, jederzeit einzuladen. Jede Gewerkschaft ist selbständig und unterliegt keinerlei Beschränkungen betreffs Agitation, Unterstützung, Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen und Arbeits-einstellungen. Der Vertrauensmann hat Versammlungen seines Gewerbes einzuberufen, um die gefassten Beschlüsse zur Durchföhrung zu bringen. Kombinierte Versammlungen sämtlicher Bauhandwerker können keine bindenden Beschlüsse fassen. In diesen kombinierten Versammlungen findet nur allgemeine Generaldiskussion über aufgeworfene Fragen statt.“ Punkt 2 der Resolution wurde in seiner bisherigen Fassung akzeptiert. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum 1. Mai“, erhielt als erster Redner in der Diskussion Herr Schweiger das Wort. Redner wendet sich prinzipiell gegen den von der Fraktion gefassten, die Kaiserer betreffenden Beschlusse. Man werde jetzt denselben entsprechend handeln müssen, aber freitritt müsse er auf jeden Fall werden. Redner giebt der Meinung Ausdruck, daß, wenn die Fraktion im vorigen Jahre nicht abgewinkt hätte, die Kaiserer eine viel allgemeinere geworden wäre und demzufolge Ausperrungen im stattgehabten Maße nicht in Szene gesetzt worden wären. Wäre im ersten Jahre auch nur ein verhältnismäßig kleines Häuflein Feiertag vorhanden gewesen, so hätte sich doch der 1. Mai von Jahr zu Jahr mehr eingebürgert. Was die Bedenken gegen die Kaiserer betrifft, so sind dieselben gerade bei dem derselben untergeordneten Charakter als Demonstration, als Ausdruck des Kampfes, hinfällig. Wenn man sich vor jedem Bischen Kampfe scheuen will, wird man nichts erreichen. Nur wenn wir uns in drohender Haltung dem Kapital gegenüberstellen, dann macht es Konzessionen. Redner verweist auf England; dort hatten die Arbeiter auch nur durch ihre drohende Haltung in früherer Zeit etwas errungen, so die Beseitigung der Verschöndungs-Gesetze, dies letztere spreche Marx in seinem „Kapital“ direkt aus. — Jetzt werde nichts übrig bleiben, als den Sonntag zu feiern, jedoch müsse am 1. Mai eine Versammlung stattfinden. Der Zweck des Ganzen, die Kraft des Arbeiters zu stärken, wird nicht erreicht werden. An der Diskussion beteiligten sich noch die Herren Spur, Heide mann, Hohlwegler, Link, Buch-mann, Schmidt, Schulz, Rinke und Stein. Ausgenommen zwei derselben sprachen sich alle andere Redner gegen den Beschlusse der Fraktion aus. Die Herren Spur und Rinke vertreten den Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion. Nach Schluß der ziemlich heftigen Debatte wurde mit 54 gegen 32 Stimmen beschloffen, den 1. Mai ganz zu feiern; jedoch wurden nun Kompetenzbedenken laut und beschloffen, den Vertrauensmann zu beauftragen, eine öffentliche Versammlung der Maler in einem größeren Saale anzuberaumen, diese Versammlung ordentlich bekannt zu machen und zu derselben ein Mitglied der Fraktion einzuladen, um dann endgültig über das Verhalten der Maler zur 1. Mai-Frage zu beschließen. Herr Hohlwegler machte hierauf noch auf die von den Filialen des Verbandes angelegten statuten-Veränderungen über die Lage der Maler im verfloßenen Winter aufmerksam und forderte zur Entnahme von Fragebogen auf. Dieselben müssen bis 20. März an die betreffenden Filialen oder an ihn, Hohlwegler, abgeliefert sein. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

„Zur Ausführung des Beschlusses hat jede Bauhandwerker-Gewerkschaft einen Vertrauensmann zu wählen. Das Mandat dieses ist ein unbefristetes. Jeder Vertrauensmann ist in Bezug auf die gefassten Beschlüsse souverän und hat demgemäß das Recht, die Vertrauensmänner jeweils Besprechung von Fragen, welche sich mit den gefassten Beschlüssen decken, jederzeit einzuladen. Jede Gewerkschaft ist selbständig und unterliegt keinerlei Beschränkungen betreffs Agitation, Unterstützung, Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen und Arbeits-einstellungen. Der Vertrauensmann hat Versammlungen seines Gewerbes einzuberufen, um die gefassten Beschlüsse zur Durchföhrung zu bringen. Kombinierte Versammlungen sämtlicher Bauhandwerker können keine bindenden Beschlüsse fassen. In diesen kombinierten Versammlungen findet nur allgemeine Generaldiskussion über aufgeworfene Fragen statt.“ Punkt 2 der Resolution wurde in seiner bisherigen Fassung akzeptiert. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum 1. Mai“, erhielt als erster Redner in der Diskussion Herr Schweiger das Wort. Redner wendet sich prinzipiell gegen den von der Fraktion gefassten, die Kaiserer betreffenden Beschlusse. Man werde jetzt denselben entsprechend handeln müssen, aber freitritt müsse er auf jeden Fall werden. Redner giebt der Meinung Ausdruck, daß, wenn die Fraktion im vorigen Jahre nicht abgewinkt hätte, die Kaiserer eine viel allgemeinere geworden wäre und demzufolge Ausperrungen im stattgehabten Maße nicht in Szene gesetzt worden wären. Wäre im ersten Jahre auch nur ein verhältnismäßig kleines Häuflein Feiertag vorhanden gewesen, so hätte sich doch der 1. Mai von Jahr zu Jahr mehr eingebürgert. Was die Bedenken gegen die Kaiserer betrifft, so sind dieselben gerade bei dem derselben untergeordneten Charakter als Demonstration, als Ausdruck des Kampfes, hinfällig. Wenn man sich vor jedem Bischen Kampfe scheuen will, wird man nichts erreichen. Nur wenn wir uns in drohender Haltung dem Kapital gegenüberstellen, dann macht es Konzessionen. Redner verweist auf England; dort hatten die Arbeiter auch nur durch ihre drohende Haltung in früherer Zeit etwas errungen, so die Beseitigung der Verschöndungs-Gesetze, dies letztere spreche Marx in seinem „Kapital“ direkt aus. — Jetzt werde nichts übrig bleiben, als den Sonntag zu feiern, jedoch müsse am 1. Mai eine Versammlung stattfinden. Der Zweck des Ganzen, die Kraft des Arbeiters zu stärken, wird nicht erreicht werden. An der Diskussion beteiligten sich noch die Herren Spur, Heide mann, Hohlwegler, Link, Buch-mann, Schmidt, Schulz, Rinke und Stein. Ausgenommen zwei derselben sprachen sich alle andere Redner gegen den Beschlusse der Fraktion aus. Die Herren Spur und Rinke vertreten den Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion. Nach Schluß der ziemlich heftigen Debatte wurde mit 54 gegen 32 Stimmen beschloffen, den 1. Mai ganz zu feiern; jedoch wurden nun Kompetenzbedenken laut und beschloffen, den Vertrauensmann zu beauftragen, eine öffentliche Versammlung der Maler in einem größeren Saale anzuberaumen, diese Versammlung ordentlich bekannt zu machen und zu derselben ein Mitglied der Fraktion einzuladen, um dann endgültig über das Verhalten der Maler zur 1. Mai-Frage zu beschließen. Herr Hohlwegler machte hierauf noch auf die von den Filialen des Verbandes angelegten statuten-Veränderungen über die Lage der Maler im verfloßenen Winter aufmerksam und forderte zur Entnahme von Fragebogen auf. Dieselben müssen bis 20. März an die betreffenden Filialen oder an ihn, Hohlwegler, abgeliefert sein. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Generalversammlung der Zimmerleute, welche in der Norddeutschen Brauerei unter Leitung der Genossen Lehmann, Schmidt und Wilh am Sonntag Vormittag tagte, beschäftigte sich mit der Frage: „Welche Stellung haben die Zimmerleute Berlin's der auf der Bau-Arbeiter-Konferenz gestellten Resolution gegenüber einzunehmen?“ Nachdem der Regierungs-Baumeister G. Kehler als Referent hierüber die Resolution einer Besprechung unterzogen hatte, entspann sich in der Diskussion ein äußerst heftiger und mehrerer Stunden währender — mehrfach auf persönliches Gebiet hinüber spielender — Wortkampf zwischen den Anhängern und Gegnern der Resolution. Von den zahlreichen Befürwortern einer Ablehnung derselben wurde jedoch, woraus der Referent in seinem Schluswort auch aufmerksam machte, wenig über die Resolution selbst gesprochen, als vielmehr die Gelegenheit wahrgenommen zum Angriff auf die Lokalorganisationen und zur Vertheidigung der Zentralisation. Es sprachen im Laufe der Debatte die Genossen Loh, Grell, Stöhr, Petermann, Weiß, Knäuper, Ortland gegen die Annahme der Resolution und empfahlen an Stelle dessen Anschluß an die Zentralisation, während die Genossen Schenk, Lamm und der Referent in seinem Schluswort die Annahme anriethen. Von den Delegirten zur Konferenz erklärte sich Genosse Lehmann für und Genosse Wolter gegen die Resolution.

Von mehreren eingelaufenen, auf die Tagesordnung Bezug nehmenden Resolutionen wurde sodann folgende mit sehr großer Mehrheit angenommen:

Die heute, den 3. d., in der Norddeutschen Brauerei tagende Generalversammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Kehler einverstanden und giebt infolge dessen der auf der Bauarbeiter-Konferenz gestellten Resolution ihre Zustimmung und erklärt die in der Resolution

enthaltene Grundsätze für praktisch und allein maßgebend für die Form ihrer Organisation und Agitation und verpflichtet alle in Berlin anwesenden Zimmerer sich dem Beschlusse unterzuordnen und als Befristung dieses Beschlusses sich Mann für Mann der „Freien Vereinigung der Zimmerer Berlins“ anzuschließen. Da während dieser Verhandlungen die Zeit sehr vorgerückt war — es war inzwischen zwei Uhr geworden — nahm man davon Abstand, in eine Beratung über die übrigen noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte, unter ihnen auch Beschlussefassung über die Stellung zum 1. Mai, einzutreten. Das Bureau der Versammlung wurde vielmehr beauftragt, in nächster Zeit eine Versammlung zur Fortsetzung der heutigen Tagesordnung einzuberufen.

Der Vorsitzende machte zum Schluß noch die Kollegen auf daß am kommenden Donnerstag stattfindende Stützungsfeft der „Freien Vereinigung der Zimmerer Berlins“ aufmerksam und forderte zur Theilnahme an demselben auf.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Blech-, Möbel- und Wagenladner tagte am 2. März unter Vorsitz des Kollegen Rautenhaus. An Stelle des Reichstags-Abgeordneten Schwarz, welcher am Erscheinen verhindert war, sprach Genosse Hohlwegler unter allgemeinem Beifalle über das Koalitionsrecht. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die öffentliche Versammlung sämtlicher Blech-, Möbel- und Wagenladner Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erkennt, daß durch die in zweiter Lesung im Reichstags-gepflogenen Verhandlungen über die deutsche Gewerbe-Ordnung ein freies Koalitionsrecht den Arbeitern nicht gewährt ist. Sie protestiert energisch dagegen, daß Streikführer bis zu einem Jahre mit Gefängnis bestraft werden können, sie protestiert ferner dagegen, daß dem Arbeitgeber gestattet ist, eine Woche Lohn als Kaution von den einzelnen Arbeitern einzubehalten, da in vielen Fällen dem Arbeiter sein verdienter Lohn für die laufende Woche nicht gesichert ist. Sie erachtet eine 24stündige Ruhepause in der Woche nicht für genügend zur Erholung, sie erklärt sich vielmehr vollständig mit dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutz-Gesetze einverstanden.“ Hierauf sprachen die Kollegen Schäfer und Rautenhaus in sachlicher Weise über die Bedeutung des 1. Mai. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Redner betrefis der Feier des 1. Mai einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Energie dahin zu wirken, daß das Prinzip des Achtstundentages zur Durchführung gelangt. Ein weiterer Antrag wurde angenommen, am 1. Mai Abends eine Versammlung mit Männern und Frauen mit einem dem Tage entsprechenden Thema abzuhalten, nachher gefelliges Zusammensein. Ueber die weitere Feier am 3. Mai wurde noch nichts beschloffen. Zu Verschiedenem richteten die Kollegen Rautenhaus, Schäfer einen warmen Appell an die Versammlung: Nachdem die Einigung beider Vereine hergestellt ist, muß es Aufgabe eines jeden Kollegen sein, die Organisation der Ladner groß und stark zu machen, und sich der Filiale 4 der Ladner anzuschließen. Mit einem Hoch auf die völkervereinde, internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Öffentliche Versammlung der Stein-Bildhauer Berlins. Am 6. März fand in dem Saale des Herrn Müller, Johannstr. 20, eine öffentliche Versammlung der Stein-Bildhauer Berlins unter Leitung des Herrn Röhberg statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht der Kommission über den Verlauf des Streiks bei der Firma Gebr. Jöcher. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Streik bei der genannten Firma ist als erloschen anzusehen und zwar zu Gunsten der Stein-Bildhauer. Es wurde beschloffen, den Ueberfluß der Streikstoffe und der Zersammlung den ausgesperrten Arbeitern zu überweisen. Außerdem gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die heute am 6. März bei Müller tagende Versammlung beschließt, überall, wo thöglich, für die Hamburger Arbeiter freiwillige Beiträge zu sammeln. In nächster Zeit wird wiederum eine Versammlung der Stein-Bildhauer stattfinden, in welcher die Frage der Stellenvermittlung besprochen werden soll. Zum Schluß erwähnte Herr Dumansky die Kollegen, sich immer fester aneinander zu schließen, weil nur eine feste Organisation Erfolge in Lohnbewegungen oder anderen Arbeiterfragen sichere.

Der Bund der gefelligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend hat am Sonntag durch die Delegirten der ihm angehörenden Vereine einen Statutenentwurf aufgestellt, der den im „Vorwärts“ annonzirten Vereinen zugestellt wird, damit diese nach Vorlegung und Beratung in ihren Vereinen bis zum 13. März den Kommissionsmitgliedern: A. Forsberg, S. Kommandantenstraße 49; G. Kleib, SO., Waldemarstr. 48; G. Kraft, S., Boechar 14; R. Ulrich, S., Säbuleinstr. 6; M. Wadephol, SO., Gröhrer Ufer 5; G. Zepmefel, SW., Hindenburgstr. 9, das Resultat ihrer Beratungen zwischen Löwen oder event. ihre Mitgliedschaft anzeigen. Die nächste beschließende Versammlung findet am Sonntag, den 15. März, Vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, statt, zu welcher nur angemeldete Delegirte und Mitglieder von Vereinen, die dem Bund angehören, Zutritt haben.

Reinickendorf. Am Sonntag, den 1. März d. J., hielt der Fachverein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Reinickendorf und Umgegend im Lokale des Herrn Lubke seine beschließende Mitgliederversammlung ab. Zunächst erpattete der Vorsitzende Thal den Bericht über die Thätigkeit des Vereins, forderte dann die Kollegen auf, den „Arbeiter“ zu abonnieren und legte sodann sein Amt als Vorsitzender nieder. An seine Stelle wurde Kollege Schäfer einstimmig gewählt. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende noch bekannt gemacht hatte, daß am 22. März die nächste öffentliche Mitgliederversammlung stattfindet, schloß er die Versammlung.

Oranienburg, den 5. März 1891. Am Sonntag, den 1. März, fand in dem nahe gelegenen Sandhausen eine stark besetzte Versammlung des Arbeiterbildungs-Vereins für Oranienburg und Umgegend statt, in welcher Herr Knuth-Reinickendorf einen naturwissenschaftlichen, durch Abordnungen erläuterten Vortrag über das Thema: „Wie lange ist die Erde schon von Menschen bewohnt?“ hielt. Mit großer Aufmerksamkeit hörten die Anwesenden die vortretenden Ausführungen des Referenten und ausföhrlicher Beifall wurde ihm am Schlusse zu Theil. An der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Genossen. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, daß die Genossen recht rege das Lokal des Herrn Dally besuchen möchten, da er der einzige Wirth ist, welcher sein Lokal zu Versammlungen giebt.

Von Herrn A. Werkmeister geht und folgendes Schreiben zu: „Ein Streik der Versöhrer in meiner Fabrik liegt nicht vor, davon hat sich das Streikkomitee zur Zeit selber überzeugt; auf das Ersuchen desselben die alten Leute wieder einzustellen, hatte ich mich auch bereit erklärt, dieselben nach Bedarf wieder zu beschäftigen. Was die Kantenmacher anbetrifft, so liegt auch hier kein Lohnabzug vor: Am 4. d. M. sollten 2-3 Mann wegen nicht genügender Beschäftigung ausscheiden. Auf Vorstellung des Werkführers sagte ich jedoch zu, die Leute alle weiter zu behalten. Nun hatte ich schon vergangene Woche 2 Mann wegen Mangel an Arbeit ausscheiden lassen, den einen davon aber auf sein Bittren und weil er Familienunter von 4 Kindern ist, wieder angenommen. Jetzt erklärten die Herren Bergolder, daß sie nur dann weiter arbeiten würden, wenn ich auch den andern, vorige Woche entlassenen Kantenmacher wieder einstellen würde, obgleich ihnen hinlänglich bekannt, daß ich für die vorhandenen Leute nicht einmal genügende Beschäftigung hatte. Da ich mich dies zu thun weigerte, legten sie die Arbeit nieder.“